

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

18. Dezember 1951

Blatt 2302

Das Winterbauprogramm der Gemeinde Wien =====

18. Dezember (Rath.Korr.) Vor kurzem wurde durch die "Rathaus-Korrespondenz" mitgeteilt, daß die Wiener Gemeindeverwaltung zusätzlich 25 Millionen Schilling für das Winterbauprogramm freigegeben hat. Sie wurden zum Ausbau von 600 Dachbodenwohnungen bestimmt, um auf diese Art sowohl die Winter-Arbeitslosigkeit zu bekämpfen als auch die Wohnungsnot zu mildern.

Diese Notiz hat nun bei vielen Menschen den Eindruck erweckt, als würde die Gemeinde Wien für ihr Winterbauprogramm eben nur diese 25 Millionen Schilling bereitgestellt haben. Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller erklärte dazu einem unserer Mitarbeiter, daß die Gemeindeverwaltung durch eine von der Stadtbaudirektion zentral gelenkte Planung die Bauvorhaben der Stadt soweit wie möglich im Voraus überlegt und alle Vorkehrungen trifft, die zu einer klaglosen Abwicklung der Bautätigkeit führen. Das Kalenderjahr ist bei den Bauämtern in zwei Teile geteilt, in ein Winterhalbjahr von Oktober bis März und ein Sommerhalbjahr von April bis September. Für das Winterhalbjahr 1951/52 hat die Gemeindeverwaltung ohne die 25 Millionen Schilling, die für den Bau von Dachgeschoßwohnungen bestimmt sind, 210 Millionen Schilling für verschiedene Wohnhausbauten und andere Bauarbeiten bereitgestellt.

Der größte Teil dieser Summe wird wohl von der Magistratsabteilung 24 verbraucht werden, der der Bau von Wohnhäusern obliegt. Es wird, soweit dies witterungsbedingt möglich ist, auf mehr als 70 Baustellen die Errichtung von neuen Wohnhäusern fortgesetzt werden. Auf nahezu 70 weiteren Baustellen werden größere oder kleinere Kriegsschäden behoben. Es ist sicher, daß auch bei Einbruch von Frost auf einem sehr großen Teil dieser Baustellen

durchgearbeitet werden kann. Gleichzeitig wird die Magistratsabteilung 23 an den begonnenen Schulen und Kindergärten weiterbauen und den Ausbau des Schlachthofes St. Marx fortführen. Die Magistratsabteilungen 26 und 27, denen die Erhaltung der städtischen Amts- und Wohnhäuser obliegt, werden hauptsächlich Innenarbeiten durchführen. Die Brückenbauabteilung hat die Absicht, an der Marienbrücke, an der Radetzkybrücke, der Schmelzbrücke und an verschiedenen Objekten in den Randgemeinden weiterzuarbeiten. Die Liesingbachregulierung wird fortgesetzt werden, ebenso wird die Magistratsabteilung 30 an zahlreichen Kanälen weiterbauen. Die Magistratsabteilung 25, die mit den Sicherungsarbeiten an Privathäusern befaßt ist, wird selbstverständlich diese Arbeiten auch den Winter über fortsetzen. Leider kann die Magistratsabteilung 28, Straßenbau, ihre Arbeiten nicht den ganzen Winter hindurch fortsetzen, da, wie die Erfahrung zeigt, meistens mit Jahreschluß das Weiterarbeiten beim Straßenbau unmöglich wird. Die Gemeinde Wien muß sich aber bei der Durchführung von Winterarbeiten gewisse Beschränkungen auferlegen, da ein großer Teil der Baustoffindustrie nach wie vor saisonbedingte Betriebseinstellungen durchführt. So werden z.B. den Winter über weder Ziegel noch Dachziegel u.ä. erzeugt. Man kann also selbst in einem milden Winter nicht in jenem Maße mit Neubauten beginnen, wie das vielleicht möglich wäre, da sonst in kürzester Zeit wegen Materialmangel die Arbeiten wieder eingestellt werden müßten. In der letzten Gemeinderatsausschusssitzung wurde aus diesem Grunde beschlossen, der Baustoffindustrie durch Gewährung von Preisen, in denen die höheren Produktionskosten berücksichtigt sind, die Möglichkeit zu geben, auch über die schlechtere Jahreszeit weiterzuarbeiten.

Es ist daher zu hoffen, schloß Stadtrat Thaller sein Interview, daß in Zukunft auch die Baustoffindustrie sich den modernen Anforderungen des Baugewerbes anpaßt und daß es den gemeinsamen Anstrengungen aller Faktoren gelingen wird, die saisonbedingte Arbeitslosigkeit besonders im Baugewerbe entscheidend zu bekämpfen.

Ein Weihnachtsgeschenk für den Bürgermeister
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wie jedes Jahr zur Weihnachtszeit brachten auch heuer die Lehrlinge der Lehrwerkstätten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Hellwagstraße dem Bürgermeister ihr Weihnachtsgeschenk. Diesmal war es ein kunstvoll geschmiedeter Blumenständer, den die Lehrlinge des zweiten Jahrganges in ihren Werkstätten angefertigt haben. Eine Abordnung der Meister und Lehrlinge überbrachte heute früh Bürgermeister Jonas im Namen der 1941 Lehrlinge ihre Glückwünsche zum Weihnachtsfest und luden ihn zum Besuch ihrer Lehrwerkstätten ein, wo sie derzeit eine Leistungsschau zeigen. Bürgermeister Jonas dankte für das schöne Geschenk und wünschte den Lehrlingen die besten Erfolge in ihrer weiteren beruflichen Ausbildung.

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. November von der städtischen Erholungsfürsorge in die Kindererholungsheime "Spital am Semmering" und "Eichbüchel" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 20. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus "Spital am Semmering" um 11.25 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, und die Kinder aus "Eichbüchel" um 14.45 Uhr von Wien l., Rathaus, Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Präsident Kunschak widmet Renner-Preis wohltätigen Zwecken
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wie der Präsident des Nationalrates, Kunschak, sofort nach Erhalt der Nachricht über den an ihn verliehenen Renner-Preis Bürgermeister Jonas brieflich mitteilte, wird er den damit verbundenen Geldbetrag wohltätigen Zwecken zur Verfügung stellen. Nach dem Wunsch Präsident Kunschaks sollen 5.000 S den Armen Wiens gewidmet, 2.500 S für den Wiederaufbau des Stephansdomes und 2.500 S für die Blindenanstalten zur Verfügung gestellt werden.

Das Personal der Stadt Wien
=====Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus

18. Dezember (Rath.Korr.) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute um 9 Uhr die Beratungen über den Vorschlag 1952 wieder aufgenommen.

Stadtrat Fritsch (SPÖ) referierte über das Personal der Stadt Wien. Er berichtete, daß im Jahre 1952 der Personenstand bei der Stadt Wien - Hoheitsverwaltung, Unternehmungen und Pensionisten ^{betragen wird.} zusammengenommen - 89.160 Personen / Der Gesamtaufwand für dieses Heer von Angestellten soll 1.579,651.040 S betragen.

In der Hoheitsverwaltung allein sollen 35.516 Menschen beschäftigt werden. Das sind um 1.475 weniger als im Jahr 1951. Die Zahl der Pensionisten wird mit 12.795 angenommen. Hier ergibt sich ein Zuwachs von 443 Pensionisten. Der Aufwand für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung beträgt mehr als 900 Millionen Schilling.

Bei den Unternehmungen sind 22.826 Männer und Frauen, um 172 weniger als 1951 angenommen. Die Zahl der Pensionisten steigt auf 18.023, das sind um 541 mehr als im Jahr 1951. Es ist begreiflich, daß dieses Heer von Angestellten ein Unzahl Wünsche hat, die derzeit leider zum Großteil nicht erfüllt werden können. Erwähnenswert sind noch im einzelnen die Verkehrsbetriebe, weil hier 13.492 aktiven Beschäftigten eine Zahl von 12.800 Pensionisten gegenübersteht.

Weiter verdienen noch jene Gruppen Erwähnung, deren Personalstände trotz allen Ersparungsmaßnahmen eine Erhöhung zeigen. Aber es ist klar, daß jeder neue Kindergarten zusätzliches Personal erfordert, ebenso die Krankenanstalten, die Heil- und Pflegeanstalten. Es ist weiter selbstverständlich, daß die Zunahme der Zahl der Gemeindehäuser auch eine Vermehrung des Verwaltungspersonals nach sich ziehen muß, ebenso die Gebäudeverwaltung und die Vermehrung der Schulen. Hier war es also nicht möglich, Einsparungen vorzunehmen. Stadtrat Fritsch betonte jedoch, daß er andauernd bemüht ist, das Personal rationeller einzusetzen, um die drohende Überzahl zu verringern. Insgesamt mußte die Stadtverwaltung um 229 Menschen mehr beschäftigen, denen auf der anderen

Seite durch Verminderungen von Arbeitsplätzen 1704 Abgänge gegenüber stehen. Dadurch verringert sich der gesamte Personalstand wie schon erwähnt um 1475 Menschen.

Der Referent teilte auch mit, daß der Personalstand mit Stichtag vom 1. Dezember dieses Jahres insgesamt 35.371 Menschen in der Hoheitsverwaltung betragen hat, inbegriffen 475 Bedienstete, die noch immer nicht aus dem zweiten Weltkrieg heimgekehrt sind, und 1141 geistliche Schwestern, deren die Stadt dringend bedarf, um ihre Anstalten mit Pflegepersonal halbwegs versorgen zu können. Stadtrat Fritsch stellte bedauernd fest, daß noch immer viele hunderte Pflegerinnen ohne Diplom sind. Nach wie vor gibt es zu wenig geschultes Pflegepersonal. Es wird noch eine Reihe von Jahren brauchen, bis das Pflegepersonal jene berufliche Höhe erreicht hat, die für die Betreuung der Kranken wünschenswert und notwendig ist.

Im Jahre 1951 war die Stadtverwaltung bestrebt, das Dienstrecht wieder dem bewährten österreichischen Recht anzugleichen. Eine besondere Belastung bildeten für die Personalbüros der Verwaltung und der Unternehmungen die verschiedenen Nachziehverfahren und das 5. Lohn- und Preisabkommen, welches letzteres allein 18.000 Überstunden notwendig machte. Die verschiedenen Erhöhungen der Bezüge konnten naturgemäß nicht alle Wünsche des Personals erfüllen, doch wurde alles getan, die Bediensteten im Verhältnis zur Privatwirtschaft anständig zu bezahlen. Daß die Lebenshaltung der österreichischen Arbeitnehmer noch viel zu wünschen übrig läßt, ist unbestritten, wir können aber ruhig behaupten, daß wir an die Grenze des Möglichen gegangen sind.

9000 Ansuchen um Neuaufnahmen

Die Zahl der Bewerber um Aufnahme in den Gemeindedienst steigt von Monat zu Monat. Vom Jahresbeginn bis heute sind mehr als 9000 Ansuchen eingelangt. Aufnahmen können ausnahmslos nur dann erfolgen, wenn durch Pensionierung, Tod oder in einigen wenigen Fällen durch Dienstentlassungen Bedienstete ausscheiden. Der Höchststand von Ansuchen war im Monat Februar mit 1325, der Monatsdurchschnitt beläuft sich auf 850 Ansuchen. Insgesamt konnten 1352 Menschen eingestellt werden, das heißt, das nur jeder 7. Bewerber Aussicht auf Aufnahme hat. Seit 1945 wurden nicht weniger als 91.000 Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindedienst gestellt. Im Augenblick

ist die Aufnahme in fast allen Sparten gesperrt. Sogar die Straßenbahnen können derzeit niemanden aufnehmen; die Stadtwerke, wo im letzten Jahr 649 Angestellte durch Pensionierung ausgeschieden sind, können eine geringe Zahl von Bewerbern aufnehmen.

Es wird immer gestrebt, das fachliche Niveau der Angestellten zu heben. Gewerkschaft, Hoheitsverwaltung und Unternehmungen arbeiten hierbei einträchtig zusammen. Nicht weniger als 425 Kurse mit 2827 Teilnehmern haben stattgefunden. Besonders viel hat dabei die Gewerkschaft geleistet, der hierfür Dank gebührt..

In diesem Jahre haben sich in Verwaltung und Unternehmungen trotz aller Bemühungen 2172 Betriebsunfälle ereignet, davon leider 2 mit tödlichem Ausgang.

In dem Bestreben, den Bediensteten zu helfen, wurden 21.147 Darlehen im Gesamtbetrag von 33,698.000 S gewährt.

Besondere Glanzleistungen hat das Pflegepersonal zu vollbringen und es ist trotz allem Entgegenkommen nicht zu vermeiden, daß bei dieser Gruppe die Zahl der Erkrankungen wesentlich höher ist als bei den anderen Bediensteten.

Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung wird so wie in diesem Jahr auch weiterhin getrachtet werden, dort, wo es ohne Gefährdung des Dienstes und ohne Schaden für die Bevölkerung möglich ist, Verwaltungsstellen aufzulassen oder ihren Umfang zu verringern. Der städtische Personalreferent bittet die Bevölkerung, Verständnis dafür zu haben, wenn beispielsweise Bezirksämter aufgelassen werden. Es muß getrachtet werden, den an sich überhöhten Personalstand besser einzusetzen, um bessere und billigere Verwaltungsarbeit zu leisten. Es wurde auch eine zweite Personalausgleichsstelle geschaffen, um Bedienstete dort einzusetzen, wo sie am notwendigsten gebraucht werden. Abschließend dankt Stadtrat Fritsch der Gewerkschaft für das Verständnis, das sie für die Notwendigkeiten der Bevölkerung und Verwaltung an den Tag legt und bittet, der Gruppe I die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Doppler (WdU) bemängelt, daß der Personalreferent schon vor zwei Jahren eine Reduzierung des Personalstandes um etwa 4.000 bis 5.000 Personen ankündigte, daß sich aber an dem Personalstand in Wirklichkeit nicht viel geändert habe. Es sei ein kostspieliger Vorgang, den aktiven Personalstand dadurch verringern zu wollen, daß man die Zahl der Pensionsparteien vermehrt. Bei jeder sich

bietenden Gelegenheit werde die Forderung nach Verwaltungsvereinfachung und Herabsetzung des Verwaltungsaufwandes in den Mund genommen, tatsächlich geschehe aber auch auf diesem Gebiete nichts. Unter Betriebsreform verstehe man die Übersiedlung von Abteilungen in andere Räume oder andere Gebäude beziehungsweise eine Änderung der Geschäftsverteilung durch Herausnahme aus einem Referat und Einordnung in eine andere Abteilung; eine Verringerung des Personalstandes wird jedoch nicht vorgenommen. Es sei unverständlich, daß eine zweite Personalausgleichsstelle geschaffen wurde, obwohl sich die Zahl der in ihrem Stand geführten Personen von 1000 auf 650 Personen vermindert hat. Trotz einer Zusammenlegung Magistratischer Bezirksämter sei der Stand an Bediensteten nicht geringer geworden, lediglich die Bevölkerung habe bei einer Inanspruchnahme dieser Behörden weitere Wege zurückzulegen und erhöhte Fahrtauslagen zu tragen.

Der Redner verweist auf einen einstimmigen Beschluß des Grazer Stadtsenates bezüglich der Wiedereinstellung der ehemaligen Nationalsozialisten in den Gemeindedienst und richtet an die Wiener Stadtverwaltung den Appell, sich die dort getroffene Regelung zum Vorbild zu nehmen und auch in Wien eine Lösung dieser Frage herbeiführen.

Der Redner vertritt einen Resolutionsantrag, worin der Magistrat beauftragt wird, Gnadenakte des Bundespräsidenten unbedingt Rechnung zu tragen und den betreffenden Beamten die ihnen zustehenden Ruhegenüsse, gegebenenfalls ihren Hinterbliebenen die Versorgungsgenüsse, anzuweisen.

Es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Bediensteten der Gemeinde Wien besser entlohnt sind als Bedienstete bei anderen Gebietskörperschaften, sie haben sogar eine höhere Arbeitszeit als in anderen Landeshauptstädten. Er beantragt daher, die wöchentliche Arbeitszeit der Beamten und Angestellten des Magistrates Wien an die Arbeitszeit der Gemeindebediensteten in den übrigen Landeshauptstädten anzugleichen. Es kommt zu lebhaften Zwischenrufen, als der Redner darauf hinweist, daß man in Wien bezüglich der Gemeindebediensteten nicht von dem Aufstieg einer

Klasse sprechen könne, sondern einen Abstieg feststellen müsse.

Ganz energisch müsse man dagegen auftreten, daß den Gemeindebediensteten vom Personalamt automatisch die Gewerkschaftsbeiträge abgezogen werden, auch wenn sie gar keine Beitrittserklärungen abgegeben haben. (GR.Pölzer (SPÖ): Sie lügen bewußt! - Weitere Zwischenrufe.) Der Redner beantragt, daß das Personalamt den Gewerkschaftsbeitrag nur dann einzuheben und an die Gewerkschaft abzuführen hat, wenn eine Beitrittserklärung des betreffenden Bediensteten zur Gewerkschaft vorliegt.

Im Zusammenhang mit der Forderung des Redners, daß die Gemeinde Wien die Minderbelasteten so behandeln solle, wie es dem Gesetz entspricht, kommt es zu stürmischen Szenen. (GR.Frieda Nödl (SPÖ): Erst müssen die Ansprüche der Antifaschisten erfüllt werden! - GR.Dr. Soswinski (LBL.): Ein Lump sind Sie, ein ganz gemeiner Lump! - GR.Dr. Matejka (LBL.): Sie Faschist! - GR.Wicha (WdU): Herr Vorsitzender, hören Sie das nicht? Das ist unerhört! - Weitere stürmische Zwischenrufe beim Linksblock, - GR.Wicha: Benehmen Sie sich anständig! Diese Meinung vertreten Sie nicht immer! Unerhört so etwas! - GR.Pölzer: Unerhört ist das Benehmen des Abg. Doppler! - Zwischenrufe des GR.Dr. Soswinski. - GR.Wicha: Schweigen Sie, Sie haben hier niemand zu beleidigen! So eine Frechheit! - GR.Dr. Soswinski: Ich würde mich schämen, so zu reden! - GR.Dr. Matejka: Sie haben hier nichts zu reden! - GR.Wicha: Sie werden wir nicht fragen! Wer sind Sie schon?)

So lange solche Mißstände im Personalamt bestehen, könnten die Unabhängigen dem zuständigen Stadtrat kein Vertrauen entgegenbringen. Stadtrat Fritsch habe noch nicht gelernt, sein Ressort sachlich zu führen. (Widerspruch bei den Sozialisten.) Erst kürzlich habe er in diesem Hause gesagt, solange ein Demokrat noch arbeitslos sei, müssen die Faschisten auf ihre Einstellung warten. (Demonstrativer starker Beifall bei SPÖ) Damit habe der Stadtrat dokumentiert, daß er keineswegs gewillt sei, sein Personalreferat nach streng sachlichen Grundsätzen zu führen. (Erneute Zwischenrufe und Lärm. - GR.Pölzer (SPÖ): Jeder andere hätte das Recht, das zu sagen, Sie aber nicht! - GR.Lauscher (LBL.): Faschisten seid ihr!)

Solange dieser Ungeist im Personalamt herrsche, sei es der Fraktion der Unabhängigen unmöglich, für dieses Ressort zu stimmen. Sie werden daher ausdrücklich gegen diese Gruppe stimmen. (Beifall bei den Unabhängigen. - Zwischenrufe.)

GR. Dr. Altmann (LBl.) bezeichnet die Rede GR. Dopplers als die Verteidigungsrede eines Faschisten. Er selbst wolle sachlich zu den Ansätzen dieses Kapitels Stellung nehmen. Er unterstriche jedoch den von dem Vorredner zitierten Satz des Stadtrates Fritsch, daß kein Faschist Anspruch auf Arbeit und Brot haben kann, solange Demokraten dieses Recht nicht haben (Dr. Matejka (LBl.): Sehr richtig, dabei bleibt's!)

Der Redner fuhr dann fort, daß das Budget für das Personal nicht nur nicht geeignet sei einzelne Wünsche zu erfüllen, sondern überhaupt die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft der Arbeiter und Angestellten der Stadt Wien durchaus nicht befriedigt.

(GR. Mazur (ÖVP) übernimmt den Vorsitz.)

Der Redner bespricht die Frage einer gerechten Entlohnung der städtischen Bediensteten, die nicht nur diese große Personengruppe selbst interessiert, sondern auch für Wien und die gesamte Wiener Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Die Forderung nach einer Erhöhung der Bezüge der städtischen Bediensteten steht auf der Tagesordnung. Es sei eine entscheidende Aufgabe der Stadt Wien, in ihrem Bereich das Notwendige zu tun. Dr. Altmann wendet sich dagegen, daß man immer dann auf die Bindung gegenüber dem Bund verweist, wenn es vom Nachteil für die städtischen Angestellten ist. Er stellt dem gegenüber, daß bei der Verleihung des Definitivums beim Bund nur 4 Jahre, bei der Gemeinde Wien aber 6 Jahre Probezeit erforderlich sind. Aufgabe der Stadt Wien müßte es jedoch sein, als sozialer Dienstgeber beispielgebend voranzugehen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag, Vorbereitungen für die Erhöhung der Bezüge der städtischen Bediensteten in einem Ausmaß von 20 Prozent bis spätestens zu Beginn des Jahres 1952 zu treffen. Für die Zwischenzeit verlangt er eine Überbrückungshilfe in der Höhe eines vollen halben Monatsbezuges. Er verweist dabei auf das Beispiel Innsbruck und das Land Tirol,

die ihren Angestellten eine "Mehrdienstzulage" von 400 Schilling ausbezahlt haben.

Ferner stellt Dr. Altmann den Antrag, spätestens bis 1. Jänner 1952 für alle Pensionisten die volle Angleichung der Pensionsbezüge durchzuführen. Bis zum Inkrafttreten des entsprechenden Landesgesetzes soll eine Vorschußzahlung geleistet werden. Der Redner geht dann auf die Ansätze des Voranschlages näher ein und beleuchtet das Verhältnis des Personalaufwandes zum Gesamtaufwand im Budget. Er stellt fest, daß die Ansätze des Jahres 1929 für 36.000 Personen galten, die Ansätze des Jahres 1952 aber für 48.000 Personen, also um ein Drittel mehr; trotzdem war die Personaltangente 1929 wesentlich höher als im Jahre 1952. Wenn man die Lehrer wegrechnet, wird man nur auf einen noch geringeren Personalstand kommen und noch deutlicher erkennen, daß die Aufwendungen für das Personal im Verhältnis zum gesamten Budget früher wesentlich höher waren.

Der Redner bemängelt ferner, daß die Ausgaben für die Vertretung der Stadt Wien, also für die Bezüge und Gebühren der gewählten Funktionäre gegenüber 1951 um 69 Prozent gegenüber 1950 sogar um 83 Prozent gestiegen sind, während die Gesamtkosten für den Magistrat nur um 47 Prozent gegenüber 1951 bzw. um 57 Prozent gegenüber 1950 höher geworden sind. Aus dieser Divergenz geht hervor, daß die höheren Gehälter mehr gestiegen sind als die niedrigeren. Die Nachziehung hat also für die niedrigeren Gehälter viel weniger gebracht als für jene, die zwar durchaus noch nicht ihrer Leistung gemäß entlohnt werden aber immerhin Bezüge haben, die zur Alimentation genügen. Dies beweise neuerdings, daß eine Regelung der Bezüge unbedingt durchzuführen sei.

Dr. Altmann beschäftigt sich dann mit den von ihm im Vorjahr bereits kritisierten Fällen von Entlassungen, die damals als völlig berechtigt bezeichnet wurden. Er weist dem Gemeinderat nach, daß sowohl die Disziplinarkommission die Entlassung als ungerechtfertigt bezeichnet, als auch später sogar der Verfassungsgerichtshof die Entlassungen aufgehoben habe.

Gleichzeitig damit hat der Verfassungsgerichtshof die Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien als gesetzwidrig aufgehoben. Bei der Beschlußfassung über das neue Landesgesetzblatt hat man aus Zeitmangel eine Novellierung der Dienstordnung abgelehnt. Seither sind wieder einige Wochen vergangen, ohne daß etwas geschehen wäre. Der Redner stellte daher den Antrag, dem Landtag ehestens eine Vorlage zur Novellierung des Dienstrechtes zu unterbreiten und sofort Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten aufzunehmen. Dabei solle den berechtigten Forderungen der Beamtenschaft Rechnung getragen werden.

Eine der entscheidenden Forderungen der städtischen Angestellten ist die auf eine Vereinheitlichung des Dienstrechtes. Mit dem Spiel mit den verschiedenen Schemata wird nämlich die Verschiedenheit zwischen Arbeitern und Angestellten, die die Dienstordnung der Stadt Wien eigentlich beseitigen soll, wieder hergestellt. Redner stellt daher den Antrag, alle Vorkehrungen zu treffen, damit an Stelle der derzeitigen 4 Schemata ein einheitliches Schema für die städtischen Bediensteten im weitesten Sinn eingeführt wird, wobei die jeweils günstigsten derzeitigen Regelungen aufzunehmen und alle derzeit bestehenden Zulagen und Zuschläge allgemeiner Natur einzubauen sind.

Die Stellung der städtischen Angestellten und Beamten ist gegenüber der Zeit vor 1934 in einer Reihe von Belangen schlechter. Wohl kann man es vertreten, daß die Arbeitszeit 48 Stunden beträgt, aber dann muß auch eine Entlohnung gewährt werden, die den 48 Stunden entspricht. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus ist die Novellierung der Bestimmungen über die Bezüge der städtischen Angestellten dringend notwendig.

Im Sinne der erwähnten Forderungen der städtischen Angestellten stellt Redner mehrere Anträge, und zwar auf Wiedereinführung einer Fahrpreisermäßigung auf allen städtischen Verkehrsmitteln für alle städtischen Angestellten sowie Ruhe- und Versorgungsge-nußbezieher, ferner auf Belieferung dieses Personenkreises mit Koks der Wiener Gaswerke zum Selbstkostenpreis, weiter auf zusätzliche Gewährung eines freien Tages mindestens einmal im Monat mit einer ununterbrochenen Freizeit von 72 Stunden für alle städtischen Bediensteten, die einen sogenannten 24ständigen Wechseldienst haben. Bei seiner Forderung, Mehrdienstleistung so zu ent-

lohnem, wie es im allgemeinen für Überstundenarbeit sein soll, das heißt, mit 50 bzw. 100 Prozent Zuschlag, wird der Redner vom Vorsitzenden ^{GR} Mazur unterbrochen, der um 12 Uhr die Vormittagssitzung beschließt.

Die Nachmittagsberatungen des Wiener Gemeinderates werden vom Vorsitzenden GR. Mazur um 13.35 Uhr aufgenommen.

GR. Dr. Altmann (LBl.) setzt seine zu Mittag unterbrochenen Ausführungen fort und begründet eingehend eine Reihe von Resolutionsanträgen.

Insbesondere fordert er, daß notwendige Mehrleistungen bei allen Gruppen der städtischen Bediensteten entsprechend bezahlt werden sollen. Grundlage der Bezahlung müsse die Anrechnung einer Überstunde mit 150 Prozent des normalen Stundenlohnes und die Anrechnung einer Überstunde zur Nachtzeit oder an Sonn- und Feiertagen mit 200 Prozent des normalen Stundenlohnes sein.

Die derzeit bestehende Benachteiligung der Schaffnerinnen der Wiener Verkehrsbetriebe soll ehestens abgeschafft werden und sie sollen bei Erfüllung der Voraussetzungen ebenso wie die Schaffner der Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien unterstellt werden.

Der Redner vertritt weiter die Forderung, daß allen weiblichen städtischen Bediensteten, die einen Haushalt führen, einmal im Monat ein zusätzlicher freier Tag als Wirtschaftstag bei voller Bezahlung gewährt werden soll.

Die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung mögen in allen Personalangelegenheiten den berechtigten Forderungen der österreichischen KZ-ler, Häftlinge, politisch Verfolgten und Gemäßregelten - also der Opfer des Faschismus - weitgehend entgegenkommen, auch wenn eine gesetzliche Verpflichtung hiezu nicht vorliegt.

Der Gemeinderat müsse sich vor allem gegen unsoziale Abbauethoden beim Personal der Stadt Wien wenden. Die Verminderung des Personalstandes soll insbesondere durch Versetzung jener Beamten, die ihre Dienstzeit vollendet haben, in den dauernden Ruhestand erfolgen. Vor allem soll sich der Gemeinderat gegen die Kündigung von Beamten aussprechen, bei denen keine zwingende Notwendigkeit zu Kündigungen besteht. Die bereits erfolgten Kündigungen sollen zurückgenommen werden. Jenen provisorischen Beamten, die die Probendienstzeit erfüllt haben, soll ohne zusätzlichen Schikanen das

Definitivum verliehen werden, und zwar spätestens nach Vollendung einer vierjährigen Probedienstzeit.

Der Gemeinderat müsse sich entschieden dagegen aussprechen, daß provisorisch der Dienstordnung unterstellten Beamten nach Vollendung der Probedienstzeit die Verleihung des Definitivums wegen angeblichen Mangels an gesundheitlicher Eignung verweigert wird. Vor allen sollen klinische oder amtsärztliche Befunde die Überprüfung durch den Betriebs- oder Werksarzt ersetzen.

Dem Redner seien haarsträubende Fälle bekannt, in denen die Stadt Wien Menschen gekündigt habe, weil sie ihnen die ihnen zustehenden sozialen Rechte nicht zukommen lassen will. In vielen Fällen sind auch Opfer des Faschismus davon betroffen. Die erste Pflicht der Personalverwaltung der Stadt Wien wäre es, ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber dem gesamten Personal der Stadt zu erfüllen, nur dann könnte sie dies auch hinsichtlich der Finanzen der Gemeinde richtig tun.

Eine öffentliche Gebietskörperschaft wie die Stadt Wien mit einer Mehrheitspartei, die behauptet, eine Arbeiterpartei zu sein, müßte sich nicht nur so sozial verhalten, wie sich jeder andere Dienstgeber auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verhalten muß, sondern sie müßte auf diesem Gebiete beispielgebend sein.

Der Linksblock werde seine Unzufriedenheit mit dieser Art von Personalpolitik dadurch zum Ausdruck bringen, daß er gegen die Ansätze dieses Personalbudgets stimmt.

(Inzwischen hat Bürgermeister Jonas wieder den Vorsitz übernommen.)

Unterbrechung der Budgetdebatte, Fortsetzung auf Seite 2317.

Zum 25. Todestag Rainer Maria Rilkes
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Anlässlich des 25. Todestages von Rainer Maria Rilke am 29. Dezember, der als einer der größten Lyriker und Sprachkünstler der deutschen Literatur auf die moderne österreichische Dichtergeneration nachhaltigen Einfluß ausübt, ist in der Stadtbibliothek eine kleine Zusammenstellung seiner Arbeiten und Briefe zu sehen.

Aufruf des Bürgermeisters zur Wiener Armenlotterie
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas hat anlässlich der am Samstag stattfindenden Ziehung der Wiener Armenlotterie nachstehenden Aufruf erlassen:

W i e n e r i n n e n und W i e n e r !

Die Wintermonate stellen an die Fürsorge-Einrichtungen der Gemeinde Wien erhöhte Anforderungen. Viele tausende unserer Mitmenschen leiden hart unter dem traurigen Erbe des Krieges. Sie sind infolge Krankheit, Invalidität oder Alter auf die Hilfe der öffentlichen Fürsorge angewiesen. Die Gemeinde Wien muß jährlich viele Millionen Schilling aufwenden, um den fürsorgebedürftigen Menschen zu helfen. Gegenwärtig erhalten rund 25.000 Personen aus Gemeindemitteln regelmäßig monatliche geldliche Unterstützung. Durch die städtischen Fürsorgeämter, die die Betreuung der Ärmsten unserer Stadt besorgen, wird viel Leid gelindert und nach besten Kräften geholfen.

Aber auch zusätzliche Mittel sind erforderlich, um vor allem verschämte Armut zu mildern. Hiefür wird jedes Jahr eine Armenlotterie durchgeführt, deren Reinertragnis zur Gänze den Hilfsbedürftigen Wiens zufließt.

Ich richte nun an die gesamte Bevölkerung Wiens den Appell, durch den Ankauf von Losen der Wiener Armenlotterie dieser guten Sache den gewünschten Erfolg zu sichern.

Wer Lose der Wiener Armenlotterie kauft, hilft damit den Ärmsten der Armen und hat gleichzeitig die Möglichkeit, für ein paar Schilling ein wertvolles Weihnachtsgeschenk zu erhalten. Schon am Samstag findet im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates im Rathaus die Ziehung statt. Wer also noch keine Lose besitzt, möge sich damit rechtzeitig versorgen, er hat dadurch auch sein Scherflein beigetragen, um die ärgsten Sorgen und die bitterste Not aus den Stuben der Armen Wiens zu bannen.

Die Maul- und Klauenseuche
=====Zwei Rinderställe in Wien gesperrt

18. Dezember (Rath.Korr.) Zur Zeit sind in Wien in zwei Bezirken zwei Rinderställe wegen Verdacht auf Maul- und Klauenseuche veterinärbehördlich gesperrt. Diese Verfügung wurde aus nachstehenden Gründen getroffen:

Am 8. Dezember hat ein Nutztviehhändler von Wörgl in Tirol 17 Rinder in seinen im 15. Bezirk gelegenen Handelsstall gebracht. Von diesen Rindern wurden zwei nach Velm verkauft und von dort zwei zur Schlachtung bestimmte am 9. Dezember in den Handelsstall befördert. Am Sonntag wurden aus diesem 6 Rinder in den Zentralviehmarkt eingeliefert. Bei der amtstierärztlichen Untersuchung wurde bei den aus Velm stammenden Rindern Maul- und Klauenseuche festgestellt. Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, wurden diese sechs Rinder sofort zur Schlachtung in die Wiener Kontumazanlage gebracht.

Die restlichen ansteckungsverdächtigen Kühe im Handelsstalle und die Rinder im Stalle des Landwirtes in Velm zeigen bis heute keine Krankheitserscheinungen. Die beiden Ställe müssen aber nach den Weisungen im Tierseuchengesetze trotzdem für den Viehverkehr gesperrt bleiben, weil bei den ansteckungsverdächtigen Rindern noch innerhalb von 14 Tagen nach der Konstatierung der Seuche die Krankheit ausbrechen kann.

Weitere Erkrankungen an Maul- und Klauenseuche sind im Bereiche der Stadt Wien bis heute nicht gemeldet worden.

Entfallende Ambulanz
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wegen der Weihnachtsfeiern entfällt am 20. Dezember im Wiener Allgemeinen Krankenhaus die Ambulanz für Anfallskranke und Epileptiker.

Schweinemarkt vom 18. Dezember, Hauptmarkt
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 2448 inländische Fleischschweine. Verkauft wurde alles. Preis: 14 S je Kilogramm Lebendgewicht. Bei lebhaftem Marktverkehr wurden inländische Fleischschweine aller Qualitäten zum Preis von 14 S gehandelt.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

GR.Dr.Freytag (ÖVP) sagt eingangs, die systematischen Dauerreden der kommunistischen Fraktion in diesem Haus sind gerade durch ihre Systematik als ein Mißbrauch der demokratischen Einrichtungen unseres Landes zu werten. (Beifall bei der ÖVP.) Der Wunsch nach kürzerer Redezeit hat gar nichts damit zu tun, die Minderheit in irgendeiner Weise zu schmälern. Dr.Freytag gab jedoch zu bedenken, was geschähe, wenn die Minderheit die Mehrheit hätte. Wie würde sich da die Budgetdebatte abwickeln? Anlässlich eines kleinen Mißstones, der sich bei der Unterbrechung der Sitzung zur Mittagszeit ereignete, hat ein Mitglied jener Fraktion gesagt: "Und jetzt werden wir über die Feiertage sitzen!" Das, so betonte Dr.Freytag, ist kein Zeichen demokratischer Gesinnung. (Dr.Soswinski Und voriges Jahr haben wir sitzen müssen!)

Nach diesen grundsätzlichen Erörterungen ging der Redner auf die Behandlung des Budgets ein. Er sagte, daß im auslaufenden Jahr wohl das günstigste Ergebnis die Neuregelung der Bezahlung war. Die Erhöhung des Einkommens der öffentlich Bediensteten ist allerdings nur ein bescheidenes Nachziehen jener Gruppen, die eindeutig am schlechtesten bezahlt waren. Der Redner erneuerte die Forderung nach Valorisierung und sagte, es werde das Bestreben der Vertreter der öffentlich Angestellten sein, auf diesem Gebiet weitere Fortschritte zu machen. (GR.Dr. Altmann: Auch das ist zu wenig!) Wenn ich ein Obersonaterat bin, antwortete Dr.Freytag, wäre es mir genug! (Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Die Pensionisten sind heute noch jene Personengruppe, denen das schwerste Unrecht geschehen ist. Man müsse alles daran setzen, forderte der Redner, um die noch fehlenden 5 Prozent in Kürze zu erreichen. Die dafür notwendigen Beträge sind nicht so bedeutend, daß sie nicht bei einigem guten Willen aufzubringen wären.

Zum Kapitel Verwaltungsreform bemängelte der Redner, daß es keinen gangbaren Vorschlag gibt, der bisher diesem Problem nur einigermaßen gerecht werden könnte. Er wisse zwar, daß der

Fragenkomplex unerhört schwierig sei, doch erlaube er sich die Anfrage, ob die bisher getroffenen Vorkehrungen dazu angetan sind, daß man bis Ende 1952 einen Bericht über die Ergebnisse der Verwaltungsreform erwarten könne.

In der Folge setzt sich Dr. Freytag mit einigen Praktiken der Personalverwaltung auseinander. Er wendet sich dagegen, daß man noch immer die Beamten der Magistratischen Bezirksämter als Beamte zweiter Klasse behandelt, daß man bei der Beförderung von Amtsärzten jene ausschließt, die eine größere Praxis haben und daß man auch die Bibliothekare benachteiligt. Ferner geht der Redner auf einige Härten näher ein, die seiner Ansicht nach nicht notwendig wären. Er schildert als Beispiel den Fall einer Witwe, die ihren Mann in der Nazizeit verloren hat und die zur Erreichung einer Rente noch zwei Jahre angestellt hätte sein müssen. Mit Mühe und Not war es möglich, dieser Frau zwei Monate zu retten. Dr. Freytag regte in diesem Zusammenhang an, die Personalverwaltung möge bekannt geben, bis zu welcher Grenze sie Bedienstete länger dienen lassen will.

Redner kritisiert auch die ungleiche Behandlung von ehemaligen Nazis. Er sagt, daß die Gravität der Tatsache der Zugehörigkeit zur NSDAP nach oben hin in unglaublichem Maße verschwindet und immer weniger zur Diskussion steht. Er stehe allerdings nach wie vor auf dem Standpunkt "Wer gefehlt hat muß sühnen", die angewendete Praxis müsse er jedoch ablehnen.

Besonders wendet sich GR. Dr. Freytag gegen die politische Einseitigkeit in der Personalverwaltung, die vor allem bei den Aufnahmen und bei den Beförderungen zum Ausdruck kommt. Er verweist darauf, daß es seiner Fraktion nicht gelungen ist, auch bei den leitenden Positionen einen einigermaßen entsprechenden Anteil zu gewinnen. Er bezeichnete die parteipolitische Einseitigkeit als sehr bedauerlich, weil sie zwangsläufig dazu führen wird, daß ein Teil der Beschäftigten unzufrieden und verbittert ist. Einen weiteren Mißbrauch stellt es dar, während der Amtszeit parteipolitische Werbungen durchzuführen. Das ist besonders vor Gehaltsauszahlungen und dann zu verurteilen, wenn eine Beförderung erwartet wird. Dr. Freytag ersucht, daß man diesen unbestreitbaren Mißständen abhilft.

Als Beispiel dafür, daß Menschen bei der Gemeinde Wien oft nicht so verwendet werden, wie es ihren Kenntnissen entspricht,

führt der Redner einen gelernten Schneider an, der als **Schuster verwendet** wird.

Dr. Freytag führte noch weitere Beispiele für Ungerechtigkeiten bei der Personalverwaltung an und bezeichnete sie als eine Gefahr für eine gesunde Verwaltung. Im Zusammenhang mit dem Kapitel Verwaltungsreform stellte er auch die Anfrage, ob es nicht möglich wäre, die Aktion des freiwilligen Abbaues wieder starten zu lassen.

Zu der Warnung vor der Dezentralisierung der Personalverwaltung, die Stadtrat Resch bei seinem Schlußwort in der Generaldebatte ausgesprochen hat, bemerkte der Redner, daß ihm in keinem Land ein Kabinett bekannt sei, in dem es einen Minister für Personalverwaltung gibt. Trotzdem sind die Erfahrungen dort nicht die schlechtesten.

(GR. Helene Potetz übernimmt den Vorsitz.)

Abschließend stellte der Redner das Ersuchen, auf dem Sektor der Personalverwaltung mehr Gerechtigkeit, mehr **Großzügigkeit** und mehr Ritterlichkeit walten zu lassen. Es sei unbedingt notwendig, daß alle positiven Kräfte des Landes unter Rücksichtnahme aufeinander dazu beitragen, unsere Heimat besseren Tagen entgegenzuführen. (Beifall bei der ÖVP.) Dr. Freytag dankte im Namen seiner Fraktion allen Bediensteten für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Im Namen der Volkspartei gab er die Zustimmung zu den Ansätzen des I. Hauptstückes. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

GR. Pölzer (SPÖ) bezeichnet es als peinlich, wenn ein Mann wie GR. Doppler, der wahrscheinlich den Reichstagsreden Hitlers mit Händen an der Hosennaht zugehört hat, nun Lehren über Demokratie erteilen will.

Wenn der GR. Dr. Altmann sagte, es werde niemandem in diesem Haus geben, der es zur gegebenen Zeit unterlassen würde, Lohnforderungen und die Forderung auf eine Überbrückungshilfe zu stellen, so muß ich Ihnen, erklärte GR. Pölzer, als Obmann der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mitteilen, daß alle Instanzen in der Gewerkschaft den Beschluß gefaßt haben, davon Abstand zu nehmen. Die Gewerkschaft vertritt den Standpunkt,

daß versucht werden muß, die Preisschraube abzustoppen und zweitens auf die Preisbildung einen bestimmenden Einfluß zu bekommen. Denn jede Lohnerhöhung wird doch illusorisch, wenn im gleichen Zeitpunkt die Wirtschaftstreibenden die Preise bereits auf die kommende Lohnbewegung einrichten. Gewiß haben bei einer kontrollosen Inflation nicht nur die Arbeiter und Angestellten zu verlieren, aber die Arbeitnehmer trifft sie doch am schwersten und unter ihnen die öffentlich Bediensteten besonders. Es wäre daher ein sehr fragwürdiges Geschenk, wenn in Form von Überbrückungshilfen noch eine Milliarde Schilling im Dezember in die Wirtschaft hineingepumpt würde. Dagegen ringt die gesamte österreichische Gewerkschaftsbewegung um eine Änderung des Wirtschaftssystems.

Gegenüber der Darstellung des GR.Haim, als ob tausende Menschen bei der Gemeindeverwaltung umherlungern würden, muß darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1945 beinahe 20.000 Menschen in Dienst gestellt werden mußten. Denn wo war 1945 die berühmte Privatinitiative? In solchen Zeiten sieht man erst, wie nützlich es ist, daß die Bereitstellung der lebensnotwendigsten Bedürfnisse von der öffentlichen Hand wahrgenommen wird. Der städtische Fuhrpark mußte damals mithelfen, Epidemien zu verhindern und Lebensmittel hereinzubringen. Es handelt sich also nicht nur um Schreibtischposten, und wenn wir überhaupt noch erträglich leben können, dann ist das der Arbeit dieser Gebietskörperschaften zu danken. Auch die Schwestern oder Ärzte sind nicht bequemer geworden, aber das Lebensalter der Menschen wurde verlängert, und dem müssen wir auch unseren Tribut zahlen. Und weil die Bediensteten im Jahre 1945 ihre Pflicht erfüllt haben, hat sich die Gemeindeverwaltung entschlossen, diese große Pragmatisierungsaktion durchzuführen.

Der Herr GR.Dr.Altmann hat sovieler Anträge gestellt, daß man fragen muß, ob sie ein Dreijahresprogramm darstellen sollen. Bei fleißiger Arbeit können die wirklich notwendigen Änderungen der Dienstordnung innerhalb von 9 Monaten durchgeführt werden.

Ich bin auch gegen Ausnahmsgesetze, setzt Redner als Antwort auf die Ausführungen des GR. Doppler fort, aber wir können erst dann über Erleichterungen in der Nationalsozialistengesetzgebung mit uns reden lassen, bis auch ein Entschädigungsgesetz für die demokratischen Bediensteten beschlossen wird. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Gewerkschaft ist gerade in diesem Jahr viel gelungen, und es hieße die Arbeit auch der kommunistischen Fraktion verleugnen, wenn diese Erfolge der Gewerkschaft von kommunistischer Seite nicht anerkannt werden. Die Gehälter der Gemeindebediensteten konnten erhöht werden, selbst der kleinste Bedienstete bekommt mit der Mietzinsbeihilfe 1006 Schilling und auch ein entsprechendes Spannungsverhältnis wurde hergestellt. Es ist ein bedeutender Erfolg der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Die Gewerkschaftsbewegung ist überhaupt die größte soziologische Erscheinung des ganzen 20. Jahrhunderts. Natürlich sind wir mit unserem Lohn unzufrieden, aber die Gewerkschaftsbewegung hat die unterdrückten Arbeiter aus den Niederungen herausgeführt zu freien Menschen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Dabei ist die Gewerkschaft durchaus keine Zwangsorganisation.

Vieles von dem, was GR. Altmann gesagt hat, ist gerechtfertigt. Nur kann man es nicht mit Gewalt durchsetzen. In einer Demokratie muß man verhandeln; das ist sehr mühselig, wir werden aber versuchen, eine schrittweise Besserstellung unserer Kollegen zu erreichen.

Dieses Budget hilft nach Möglichkeit allen, die in dieser Stadt leben, und die Sozialisten bekennen sich zu diesem Budget und werden dafür stimmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Fritsch kommt in seinem Schlußwort zunächst auf die in der Debatte angeschnittene Frage der Verwaltungsreform zu sprechen und pflichtet dem Abg. Doppler bei, daß das Tempo der Verwaltungsreform und der Verwaltungsvereinfachung oder wie man diese Maßnahmen nennen wolle, zweifellos zu langsam vor sich gehe. Man müsse jedoch bedenken, welche Unzahl von Gesetzen, Verordnungen und Erlässen allein im heurigen Jahre wieder auf uns heruntergeprasselt sind, die das Verwalten von Monat zu Monat und von Tag zu Tag schwieriger machen. Eine Verwaltungsreform müßte in erster Linie mit einer Reform der Gesetzgebung beginnen. Gebt uns bessere,

einfachere, klarere Gesetze - ruft er aus -, dann werden wir auch billiger, besser und zweckmäßiger verwalten! Die Hypertrophie der Verwaltung sei eines der Überbleibsel aus der Zeit des Nationalsozialismus. Es sei daher eine starke Zumutung, wenn die geistigen Nachfolger dieses Systems sich berufen fühlen, hier sich darüber den Mund zu zerreißen.

Bezüglich der Abbaumaßnahmen sei es selbstverständlich, daß sich die Verwaltung dabei in erster Linie von sozialen Motiven leiten läßt. Es können die Leute nicht planlos auf die Straße gesetzt werden. In allen Fällen sei es jedoch nicht möglich, Härten zu vermeiden, denn schließlich sei das Personalamt eine Verwaltungseinrichtung und kein Wohlfahrtsinstitut.

Wenn sich GR. Doppler gegen die Zusammenlegung von Bezirksämtern ausgesprochen habe, so sei darauf zu verweisen, daß man nicht in jedem kleinen Bezirk eine zentrale Verwaltung aufziehen könne, da der Gemeinde dadurch wesentliche Mehrkosten erwachsen. Wir brauchen das Geld aber heute für andere Dinge weit nötiger als für derartige überflüssige Amtsstellen.

Die zweite Personalausgleichstelle sei deshalb geschaffen worden, um überzählige Arbeiter rascher zu entsprechender Verwendung einsetzen zu können. Eine Personalvermehrung sei durch diese Maßnahme nicht eingetreten.

Bezüglich der Wiederindienststellung gewesener Nationalsozialisten - dem Steckenpferd des GR. Doppler - bekenne sich Stadtrat Fritsch nach wie vor zu der Auffassung, daß in erster Linie Demokraten eingestellt werden müssen und daß man erst dann an eine Wiederindienststellung von Nazis denken kann. Daß die Gemeinde bei der Lösung dieses Problems weit über die Grenzen des Notwendigen gegangen ist, beweist die Tatsache, daß heute noch immer 3850 gewesene Nationalsozialisten im Gemeindedienst tätig sind. Es sind dies durchaus wertvolle Mitarbeiter, und es wird ihnen kein Haar gekrümmt. Die Verleumdungen und Verdrehungen, daß im Personalamt nur Nazifresser sitzen, seien auf das entschiedenste zurückzuweisen. Ich persönlich, betont der Stadtrat, kenne keinen Haß gegen einen Menschen, ich hasse nur den Faschismus, die Brutalität und die Unmenschlichkeit, und das werde ich jederzeit tun! (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Gemeindeverwaltung sei keineswegs so unmenschlich wie sie die Unabhängigen hinstellt, denn in 19 Fällen leistet sie sogar Zuwendungen an gewesene illegale Nationalsozialisten. In erster Linie aber müsse getrachtet werden, den Opfern des Faschismus zu helfen. (Beifall bei den Sozialisten.) In diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, daß 1501 Opfer aus der Zeit vor 1934 bis 1945 Ansprüche auf Wiedergutmachung gestellt haben. Obwohl nur Pensionen in der Höhe von 200 Schilling pro Monat - also ein Bettel - und Aktivitätsbezüge von 400 Schilling als Nachzahlung vorgesehen sind, wären für diese Sparte der Wiedergutmachung über 43 Millionen Schilling erforderlich. Während es sich hier um eine einmalige Ausgabe handelt, erreichen die Wiedergutmachungsansprüche der ehemaligen Nationalsozialisten 15 Millionen Schilling jährlich.

Solange wir alten Ehepaaren monatlich nur eine Pfründe von 390 Schilling zahlen und, wenn es gut geht, 70 Schilling für Koks im Winter, ist es klar, daß wir die Notlage dieser Menschen vor der Erfüllung der Ansprüche der Nazi berücksichtigen müssen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zu den Ausführungen des GR.Dr.Altmann erklärt der Referent, daß seine Forderungen eine gewisse Berechtigung haben, daß man aber derzeit den öffentlich Bediensteten nicht einen besseren Lebensstandard geben könne als den breiten Massen der Bevölkerung. Man könne auch bei der Erfüllung der Forderungen dieser Menschen nur so weit gehen, als es die allgemeine wirtschaftliche Lage zuläßt. Daher müssen diese Wünsche, so berechtigt sie sein mögen, derzeit noch zurückgestellt werden.

Der Referent beantragt daher die Ablehnung der Anträge Dr.Altmann; bezüglich des Antrages, die KZ-ler und politischen Häftlinge besonders gut zu behandeln, empfiehlt der Referent die Zuweisung an die Verwaltungsgruppe I.

Es muß den Ergsten Ingrimmm der städtischen Bediensteten erwecken, wenn sie sehen, daß eine kleine Schichte von Menschen herrlich lebt, während es den Gemeindeangestellten verdammt schwer fällt, mit ihren Bezügen ihre Familien und sich ernähren zu können. Hinsichtlich der in den nächsten Monaten

zu erwartenden gefährlichen Angriffe auf die Lebenshaltung der Bevölkerung werde die Personalverwaltung bestrebt sein, diese Angriffe nach besten Kräften abzuwehren.

GR.Dr.Freytag als Gewerkschafter stehe es nicht zu, die Darlegungen des Finanzreferenten in einer solchen Art zu bagatellisieren. Die Mittel der Gemeinde seien eben beschränkt, daher werde eine Reihe von Wünschen noch einige Jahre unerfüllt bleiben müssen. Den gewünschten Bericht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform werde der Referent ausarbeiten. Solange aber die erwähnten Hindernisse, vor allem seitens der Gesetzgebung, bestehen, werde man mit der Verwaltungsreform - mit der übrigens sehr viel Schindluder getrieben wird - nicht weiterkommen.

Zur Frage der Amtsärzte sei zu sagen, daß noch viele Jahre vergehen werden, bis die Gemeinde in der Lage sein wird, die beamteten Ärzte so gut zu bezahlen, daß sie auf eine Privatpraxis verzichten können.

Zu dem Wunsche nach Verleihung von irgendwelchen Auszeichnungen nach Vollendung der Dienstzeit betont der Referent, daß es gewiß besser wäre, wenn man diesen Menschen eine ausreichende Pension geben könnte, als ihnen irgendwelche Titel oder Auszeichnungen zu geben. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Zu der angeblichen Benachteiligung von Angehörigen der ÖVP sei zu sagen, daß die Mitgliedschaft zu dieser Partei noch keine entsprechende Voraussetzung sei, Oberamterat zu werden. Auch diese Leute müssen warten, bis sie das entsprechende Dienstalter erreicht haben und bis entsprechende Dienstposten frei werden.

Mit der freiwilligen Abbauaktion im vorigen Jahr habe man nicht die besten Erfahrungen gemacht. Obwohl Beträge bis zu 20.000 Schilling ausbezahlt wurden, haben sich zu wenig Bedienstete im Rahmen dieser Aktion gemeldet.

Die Ausführungen des GR.Pölzer könne der Referent nur unterstreichen. Auch der Referent vertrete die Auffassung, daß die Gewerkschaft in Personalfragen ein gewichtiges Wort mitzureden habe.

Stadtrat Fritsch wiederholt nochmals seinen Dank an das gesamte Personal und unterstreicht die Feststellung, daß bei den Gemeindebediensteten die Einsicht und das Verständnis für die Belange der ganzen Bevölkerung immer mehr und mehr Platz greift.

Er ersucht um Annahme der Ansätze für das I. Hauptstück.

Die vom GR. Doppler eingebrachten Anträge empfiehlt der Referent zur Ablehnung.

Bei der vom Vorsitzenden Marek vorgenommenen Abstimmung werden die Ansätze dieses Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die drei Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt, ebenso 13 vom GR. Dr. Altmann eingebrachte Anträge. Sein Antrag auf besondere Begünstigungen für die KZ-ler und politischen Häftlinge wird gegen die Stimmen der WdU der Verwaltungsgruppe I zugewiesen.

Damit ist die Beratung über die Geschäftsgruppe Personalwesen erledigt.

Die kulturellen Leistungen der Gemeinde Wien

Über die Ansätze der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung im kommenden Jahr erstattete Stadtrat Mandl (SPÖ) Bericht. Er kennzeichnete einleitend die allgemeine kulturelle Situation in Wien und stellte fest, daß das Jahr 1951 mit seinen durch die internationale Lage bedingten finanziellen Auswirkungen auf unser Land für die Entwicklung unseres kulturellen Lebens nicht gerade günstig war. Der Referent sagte, er habe schon bei der letzten Budgetdebatte im Hinblick auf das 4. Lohn- und Preisabkommen darauf aufmerksam gemacht, daß jede derartige Regelung gerade auf dem kulturellen Sektor unangenehme Folgen zeitigt. Das 5. Lohn- und Preisabkommen hat die Lage aller Kulturinstitutionen weiter verschlechtert und die beginnende Konsolidierung neuerdings erschwert. Ob es nun die Volksbildung oder das Theater, die Wiener Kunstinstitute oder die Symphoniker sind, alle sind von jeder Preis- oder Lohnerhöhung aufs schwerste getroffen. Sie alle verkaufen nach Ansicht allzu weiter Kreise (leider muß ich das sagen) "nicht lebensnotwendiges Gut" und es wird zum ersten dort gespart, wo keine lebensnotwendigen Bedürfnisse vorhanden sind.

Stadtrat Mandl sieht darin die tiefsten Ursachen der krisenhaften Erscheinungen auf dem Gebiet des kulturellen Lebens. Die meisten Menschen haben es verlernt, wieder zu den alten Kultur-

gütern zurückzufinden, sie suchen Ablenkung und Entspannung in einem seichten Vergnügen, um die Unsicherheit der Gegenwart und der Zukunft zu vergessen. Solche Zeiten sind der Kultur und den Künstler nie zuträglich.

Es sind also nicht immer die materiellen Ursachen, die zu Krisenerscheinungen führen. Fast möchte ich glauben, sagte der Referent, daß auch in Wien nicht der Geldmangel allein jene entscheidende Rolle spielt, die man ihm im allgemeinen beimißt, besonders wenn man bemerkt, daß hunderte Millionen verbraucht und vertrunken werden, also für Bedürfnisse ausgegeben werden, die wir nicht als die wahren Bedürfnisse der Menschen werten und pflegen wollen.

Hier haben alle Stellen - die von amtswegen damit zu tun haben, aber auch die Künstler und die Kunstverbände - eine sehr schwere erzieherische und volksbildnerische Arbeit zu leisten, die nur gemeinsam gemacht werden kann. Dabei Mittler und Helfer zu sein, betonte der Stadtrat, habe er immer als die vornehmste Arbeit seines Amtes angesehen. In dieser Zusammenarbeit können die Schwierigkeiten überwunden werden, die heute noch das gesamte kulturelle Leben belasten.

Es konnten aber auch schon erfreuliche Erfolge erzielt werden. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres ist der Theaterbesuch um 148.600 Personen gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1950 gestiegen. Dies entspricht ungefähr dem Gesamtbesuch eines Theaters in einem guten Theatermonat. Auch eine Steigerung des Besuches unserer Konzertveranstaltungen kann man beobachten; die großen Konzerte sind fast ständig ausverkauft. Das Interesse an den Ausstellungen steigt zusehends; die Volksbildungshäuser melden eine starke Steigerung der Hörerzahlen; selbst die vielgelästerte Jugend findet wieder den Weg zur Kunst und Kultur. In den Berufsschulen wurden 2000 Abonnements für 8 Theatervorstellungen und einem Konzertbesuch von den Burschen und Mädels dort genommen. Wir bemerken also eine gewisse Besserung, die uns zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, den wir mit aller Konsequenz auch im kommenden Jahr gehen wollen.

Stadtrat Mandl beschäftigte sich nun mit den Ziffern seines Budgets. Er unterstrich vorerst erneut, wie Stadtrat Resch schon festgestellt hat, daß im Budget kein vollständiges Bild von dem gegeben wird, was die Gemeinde wirklich für kulturelle Zwecke aufwendet. Es wurde mit Recht erwähnt, daß im Budgetansatz die Personalkosten, die mehr als 5 Millionen Schilling betragen, nicht enthalten sind, vor allem aber das eine Prozent des Aufwandes für Neubauten, das für künstlerische Ausschmückungen verwendet wird. In den letzten eineinhalb Jahren wurden dafür um 2 Millionen Schilling Aufträge an Künstler vergeben. Es fehlen ferner die rund 1,2 Millionen für die Subventionen und vor allem jene Gelder, die für bauliche Herstellungen bei der Magistratsabteilung 26 veranschlagt sind, wie zum Beispiel 340.000 Schilling für den Ausbau der Stadtbibliothek, 600.000 Schilling für den Ausbau eines Depots für die Städtischen Sammlungen und 480.000 Schilling zur Renovierung unserer Gedenkstätten. Diese zusätzlichen Summen ergeben einen Betrag von 9,8 Millionen Schilling, die im Kulturbudget nicht enthalten sind. Stadtrat Mandl betonte, er wolle damit nicht zum Ausdruck bringen, daß alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind, doch mußte man einmal feststellen, was die Gemeinde wirklich für Kultur und Volksbildung ausgibt.

Bei der Besprechung der einzelnen Gruppen hob Stadtrat Mandl unter anderem die Posten für Ehrungen, Ehrenpensionen und Stipendien hervor. Sein Bestreben war es, den 128 alten und arbeitsunfähigen Künstlern ein gesichertes Auskommen zu verschaffen. Es ist gelungen, diese Pensionen um 25 Prozent zu erhöhen, und seit dem 5. Lohn- und Preisabkommen einen Zuschlag von 80 Schilling für ledige, beziehungsweise 120 Schilling für Verheiratete zu gewähren. Dazu kommt die Mietzinsbeihilfe und als Kohlenbeihilfe 70 Schilling im Monat während der Winterzeit.

Die Studienbeihilfen für Kunstschüler werden im Jahr 1952 denen der Studenten in anderen Hochschulen gleichgestellt. 100.000 Schilling sind für diese Zwecke zur Verfügung gestellt.

Preise der Stadt Wien nunmehr je 10.000 S

Stadtrat Mandl teilte auch mit, daß die Preise der Stadt Wien, die auch heuer vergeben wurden, im kommenden Jahr von bisher je 5.000 Schilling auf je 10.000 Schilling erhöht werden. Die Gesamtsumme beträgt also 100.000 Schilling. Darüber hinaus wurde erstmalig für die jungen Künstler und Wissenschaftler etwas getan. Es wurden Förderungspreise geschaffen und zwar 10 Preise zu je 2.000 Schilling, die heuer fünf Wissenschaftler, 2 junge Dichter, 2 Musiker und 3 bildende Künstler erhalten haben.

Vor einigen Tagen wurden erstmalig auch die Preise der Renner-Stiftung vergeben; man konnte feststellen, daß die Auswahl der Personen und Personengemeinschaften von der gesamten Öffentlichkeit beifällig aufgenommen wurde. Stadtrat Mandl übermittelte von diesem Forum aus den Preisträgern die Anerkennung und Gratulation des Wiener Gemeinderates.

Aus den Mitteln des Kulturgroeschens wird zum zweitenmal ein Literatur- und Kompositionswettbewerb veranstaltet. Im vergangenen Jahr war die Teilnahme nicht zufriedenstellend. Heuer kann jedoch schon gesagt werden, daß das Interesse an diesem Wettbewerb wesentlich größer ist als im vergangenen Jahr. Bis jetzt sind 68 Manuskripte für den Literaturwettbewerb und 10 Kompositionen eingesandt worden.

1952 soll auch ein Versuch unternommen werden, alle Schüler der öffentlichen Haupt- und Mittelschulen, und zwar zunächst die der 4. Klasse auf Kosten der Gemeinde Wien zu einem Jugendkonzert für die Schuljugend einzuladen. Das Konzert, bei dem die Wiener Symphoniker unter einem hervorragenden Dirigenten spielen werden, soll im Rahmen des Schulunterrichtes durchgeführt werden. Dafür sind allein 33.000 Schilling vorgesehen.

Die Plakatwertungsaktion hat ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt. Monatlich werden die drei besten Plakate ausgewählt und an besonderen Stellen durch die Gewista plakatiert. Entwerfer, Drucker und Auftraggeber bekommen ein Diplom.

Aus den besten Plakaten der 12 Monate werden wieder die drei besten des Jahres ausgesucht. Die Entwerfer bekommen dafür Preise von 1000 bis 3000 Schilling.

Für die Fremdenverkehrsförderung wurde heuer erstmalig ein Sommerprospekt in einer Auflage von 100.000 Stück, ein Kulturprospekt in der Auflage von 50.000, ein Winterprospekt in der Auflage von 100.000 und ein Werbeplakat mit einer Auflage von 20.000 Stück herausgebracht.

Die Wiener Festwochen 1952

Zum ersten Mal wurden heuer wieder die Wiener Festwochen veranstaltet. 600.000 Schilling hat die Stadt Wien zur Verfügung gestellt, je 200.000 S haben die beiden Kammern und das Bundesministerium für Unterricht gewidmet. Die Wiener Festwochen haben im allgemeinen bei der gesamten Presse Anklang gefunden. Stadtrat Mandl betonte, daß bei der Programmgestaltung von vornherein nicht daran gedacht war, exklusive Festspiele mit Festspielpreisen zu veranstalten, sondern man wollte den Wiener Festwochen einen Charakter geben, der sich von dem anderer Veranstaltungen unterscheidet. Neben großen, exquisiten Veranstaltungen haben die Bezirke als örtliche und kulturelle Gemeinschaften die gesamte Bevölkerung an den Festwochen teilnehmen lassen. Man kann nur sagen, daß sich die Bezirksveranstaltungen absolut bewährt haben. Der erste Versuch hat jedenfalls dazu bewogen, im kommenden Jahr gerade die Bezirksveranstaltungen zu verstärken.

Stadtrat Mandl teilte auch mit, daß das Programm der Festwochen für 1952 fertig ist. Schon das Konzertprogramm zeigt, daß diesmal international gewirkt werden soll. Neben den Wiener Philharmonikern und den Wiener Symphonikern wird das Londoner Philharmonia Orchester und das Turiner Rundfunkorchester in Wien weilen. Dirigenten wie Bruno Walter, Paul Hindemith, Ernest Ansermet, Igor Markevitch, Paul Sacher und Clemens Krauss werden dirigieren.

Diesmal ist es auch gelungen, das Theater stärker für die Festwochen einzuspannen. Neben der Freilichtaufführung von Figaro in Schönbrunn wird das Burgtheater auf dem Alten Universitätsplatz, Freilichtaufführungen von Eliots "Mord in der Kathedrale" bringen. Bei den Ausstellungen wird im Mittelpunkt die große Schulausstellung stehen. Auch eine große Zahl internationaler Kongresse

wird in Wien stattfinden, der internationale Musikkongress, ein internationaler Kongress der Konzertveranstalter, ein sozialwissenschaftlicher Kongress, ein pädagogischer Kongress und andere.

Wir können uns heute nicht mehr vorstellen, sagte der Referent abschließend zu dem Thema Wiener Festwochen, daß die Wiener Festwochen nicht mehr veranstaltet werden sollen. Das Interesse, das aus dem Ausland gerade dieser Festveranstaltung entgegengebracht wird, ist steigend. In der Zeit der Festwochen hat sich der Fremdenzuströmung verstärkt. Besonders stark ist das Interesse der nordischen Länder in Erscheinung getreten.

Der Kulturgroschen

Der Kulturgroschen ist für das Jahr 1952 mit 4.5 Millionen Schilling präliminiert. Die 50 prozentige Erhöhung ergibt sich daraus, daß der Nationalratsausschuß die Staffelung der Beiträge beschlossen hat. Stadtrat Mandl bedauerte, daß die Beiträge aus dem Kulturgroschen sehr schleppend eingehen und daraus Schwierigkeiten erwachsen. Der Kulturgroschen wird folgendermaßen aufgeteilt: Theater 45 Prozent, Musik 20 Prozent, Literaturförderung 5 Prozent, Bildende Kunst 7 Prozent, Wissenschaftliche Publizistik 5 Prozent, Volksbildung 10 Prozent, Kulturfilm 5 Prozent und als Reserve 3 Prozent.

Im Zusammenhang mit der Verteilung des Kulturgroschens sagte Stadtrat Mandl, man könne auch nicht behaupten, daß sich das Kulturamt mit dem Problem der Wiener Privatbühnen nicht gründlich befaßt hat. Aufschlußreiche Ergebnisse wurden durch einen Überprüfungsausschuß erzielt, der aus Rechnungsbeamten und Theaterfachleuten zusammengesetzt war. Der Ausschuß schlug vor, für die nächste Spielzeit vom 1. September 1951 bis 31. August 1952 nicht mehr sechs Theater zu subventionieren, weil man keinem der Theater wesentlich geholfen hätte, sondern statt dessen nur mehr drei Theater, damit diesen auch wirklich geholfen wird. Gleichfalls wurde von dem Ausschuß die Josefstadt, das Volkstheater und eine Operettenbühne vorgeschlagen. Nach langen Beratungen hat man nicht leichten Herzens diesem Vorschlag zugestimmt. Nach den bisherigen Überprüfungsberichten befindet sich der Gesundungsprozeß der Wiener Sprechbühnen durchaus in gutem Fortschreiten.

Der Theaterbesuch ist im Steigen begriffen, und bis Ende Oktober waren um 148.622 Besucher mehr zu verzeichnen als in der gleichen Spanne des Vorjahres. Es gibt nur die eine Möglichkeit, zu versuchen, den Theaterbesuch immer mehr zu steigern, damit die Differenz, die zwischen der absolut feststehenden Mehrausgabe eines Theaters und der möglichen Einnahme entsteht, so gering wie möglich gehalten wird. Je mehr diese Differenz verringert werden kann, desto eher wird es möglich sein, Gelder anderen Theatern zuzuwenden.

Wesentlich erfreulicher ist die Situation auf dem Gebiet des Musiklebens. Außerordentlichen Anklang haben die Wiederholungskonzerte des Gewerkschaftsbundes gefunden, dem für die Aufgeschlossenheit besonders gedankt werden muß. Auf Grund der Erfolge beim Zyklus "Die große Symphonie" im Jahre 1951, wurde in diesem Jahr auch der Zyklus der Karajan-Konzerte genommen und **abendrein** fünf Kammerkonzerte angeschlossen. Alle diese Konzerte waren restlos ausverkauft, und es ist durch diese Aktion gelungen, dem Konzertleben Wiens 132.000 neue Konzertbesucher zuzuführen.

Das hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man den Arbeitern nicht den größten Dreck vorsezen muß, es hat gezeigt, daß sie Verständnis haben und teilnehmen können an allem, was man ihnen an kulturellen Gütern bietet. (Beifall bei den Sozialisten.) Es ist nur zu hoffen, daß sich auch die österreichischen Filmproduzenten endlich einmal dieser Erkenntnis anschließen und ihre Produktion so gestalten, daß sie nicht auf dem heutigen Niveau stehen bleibt.

Das Wiener Musikleben wäre nicht denkbar ohne dem hervorragenden Klangkörper der Wiener Symphoniker, die heute neben den Philharmonikern einer der besten Klangkörper Europas sind. Sie wurden im Jahre 1951 mit 1,1 Millionen Schilling von der Gemeinde Wien unterstützt, davon stammen 700.000 Schilling aus den Kulturgroshenerträgen und 400.000 Schilling aus dem normalen Budget.

Selbstverständlich unterstützt die Gemeinde auch die Ausstellungsvorhaben, besonders auch jene, die in die äußeren Bezirke hinauswirken. Auch die Ausstellung "Das gute Bild für Jeden" hat sich bewährt. Leider haben aber die Künstler noch nicht erkannt, welche Aufgaben und welche Möglichkeiten sich

ihnen hier bieten; es fehlt in der Ausstellung fast vollkommen die billige Graphik, also das, was der einfache Arbeiter sich leisten kann, um seine Wohnung zu schmücken.

Volksbildung

Die Volksbildung wurde von der Gemeinde mit insgesamt 650.000 Schilling unterstützt. Für die Förderung wissenschaftlicher Publizistik wurde ein Betrag von 158.000 Schilling bereitgestellt. Auf dem Gebiet der Literaturförderung wurde ein neuer Versuch unternommen. Im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat werden an den höheren Mittelschulklassen Dichterlesungen durchgeführt werden. Der Kulturfilm "Symphonie Wien" ist mit den Außenaufnahmen abgeschlossen, und es ist zu hoffen, daß er im Februar vorführungsfähig und den Erwartungen entsprechend sein wird.

Die Musiklehranstalten waren erfolgreich bestrebt, Musik ins Volk zu tragen. Lehrer und Schüler sind ihrem verdienstvollen Leiter, Regierungsrat Lustig-Prean, mit großem Idealismus gefolgt; der Wettbewerb der "Jüngsten" und die "Hausmusiknachmittage" beim Herrn Bundespräsidenten, Minister Ing. Waldbrunner und Bürgermeister Jonas zeugen davon. Es besteht die Hoffnung, daß diese Hausmusiknachmittage auch in die Bezirke hinausgetragen und so auf breitere Basis gestellt werden. Das Bundesministerium für Unterricht hat für die Musiklehranstalten erstmalig eine Subvention von 75.000 Schilling zur Verfügung gestellt, wodurch der Instrumentennot abgeholfen werden konnte. Erfreulich ist die Steigerung der Schüleranzahl, die bei den Musikschulen von 1455 auf 1522 und bei den Kindereinschulen von 5368 auf 6601 gestiegen sind. Sehr erfolgreich war die

Modeschule der Stadt Wien

Der Schülerstand hat sich nur unwesentlich erhöht und ist auf 224 angestiegen, von denen aber 50 aus den Bundesländern und 15 aus dem Ausland sind. Das zeigt auch die Bedeutung, die man dieser Modeschule beimißt. Die heurige Modeschau, die eine Leistungsschau ist, haben 4.800 Personen besucht. Diese Modeschau wurde auch im Rahmen der Dornbirner Export- und Muster-

messe vorgeführt und gestaltete sich zu einem durchschlagenden Erfolg, so daß selbst Einladungen aus München und der Schweiz ergingen, die aber im Hinblick auf den Zweck der Schule abgelehnt wurden. Alle 229 Absolventinnen haben die Gehilfenprüfung mit Erfolg bestanden und sämtliche konnten in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden. Einen besonders großen Erfolg konnte die Modeschule mit drei Schülerinnen bei einem vom Pariser Modellhaus Jacques Heim veranstalteten internationalen Wettbewerb erringen; sie scheinen unter den 25 Prämierten der insgesamt 3.000 Bewerberinnen als Preisträger auf, wobei Traudl Keckstein einen ersten Preis bei einem Strandensemble und den dritten Preis in der Gesamtwertung erzielen konnte.

Von den 47 städtischen Büchereien sind 19 Großbüchereien, 15 Mittel- und 13 Kleinbüchereien. Der Buchstand ist wieder angewachsen und umfaßt derzeit rund 240.000 Bände. Der Stand der Monatsleser weist eine Steigerung von 26 Prozent, durchschnittlich 18.705 auf. Es wird notwendig sein, zu einer Koordination auf diesem Gebiete zu kommen, da sich der Verein Zentralbibliothek, die städtischen Büchereien, die Büchereien an Volksbildungshäusern und die gewerkschaftlichen Betriebsbüchereien manchmal konkurrenzieren. Verhandlungen über eine allfällige Bildung eines "Wiener Verbandes der Büchereien" sind im Gange.

Der Redner würdigt dann die Arbeit der Landesbildstelle, die heute über 11.000 Filmrollen, 3.680 Bildreihen, 81.000 Einzeldiapositive usw. verfügt, hebt die Tätigkeit auf dem Gebiete der Denkmalpflege hervor, wodurch neun kriegszerstörte Denkmäler wiederhergestellt und der St. Marxer Friedhof - der einzige Wiener Friedhof der Biedermeierzeit - würdig instandgesetzt wurden und verweist darauf, daß das Mozartdenkmal im Burggarten neu erstehen wird.

Die Stadtbibliothek konnte ihren Bestand von 235.000 Büchern um 1.800 Bände vergrößern. Das erfreulichste aber ist, daß der als Folgeerscheinung des Krieges unzulänglichen Unterbringung abgeholfen und die Bibliothek modernst eingerichtete Depoträume erhalten wird.

Auch das Historische Museum der Stadt Wien wird in der ehemaligen Schule Karajangasse ein modernes, allen Anforderungen entsprechendes Depothaus erhalten. Die Zahl der Heimatmuseen hat sich in diesem Jahre, bedingt auch durch die Festwochen, erfreulich vermehrt, und es sind 6 neue Heimatmuseen in Gründung beziehungsweise Aufstellung begriffen. Das Archiv der Stadt Wien entfaltet eine sehr stark wissenschaftlich betonte Arbeit und erschließt verschiedene sehr interessante und mitunter auch sehr wertvolle Bestände, die 9.000 Urkunden, 24.000 Faszikelakte usw. umfassen.

Die Rubrik Körpersport ist mit einem um 300.000 S geringeren Betrag als in Vorjahr angesetzt, was darauf zurückzuführen ist, daß der große Jugendspielplatz "Spenadlwiese" im Prater vollendet wurde. Das ist der größte Jugendspielplatz, modernst ausgestattet, mit zwei großen Spielflächen, Laufbahnen, Sprunggruben usw. versehen. Im kommenden Jahr werden acht Jugendspielplätze wieder hergestellt und ausgebaut werden und außerdem noch 100.000 S für Reparaturarbeiten an anderen Spielplätzen zur Verfügung stehen. Bisher konnten von insgesamt 385 Turnsälen 309 vollkommen fertiggestellt werden und im kommenden Jahr sollen 22 instandgesetzt und in neu erbauten Schulen zwei Turnsäle eingerichtet werden.

Von den Einnahmen des Sportgroschens, der bis Ende November 1.403.000 S einbrachte, wurden 75 Prozent für den Bau von Sportplätzen verwendet; derzeit sind 9 Projekte in Ausführung, an denen die verschiedensten Sportverbände beteiligt sind. Im Hinblick auf das Wachsen der Großstadt und des Programmes des sozialen Wohnhausbaues sind Verhandlungen im Gange, die bestehenden Sportplätze durch Widmung zusichern und neue Grundflächen für den Sportplatzbau zu erhalten. Den Mitgliedern des Sportbeirates ist für die kameradschaftliche Zusammenarbeit herzlich zu danken. (Beifall bei den Sozialisten.)

Ich bitte Sie, immer zu bedenken, schließt Stadtrat Mandl, daß wir, in einem demokratischen Staat leben, nach demokratischen Methoden arbeiten wollen und auch auf dem kulturellen Sektor jede Diktatur und jedes Diktat ablehnen und in unermüdlicher Kleinarbeit versuchen müssen, zu überzeugen und zu helfen. Wenn dies nicht immer in dem Ausmaß geschehen kann, wie wir wünschen, hat

das seine Ursache in der Not unserer Zeit, die von jedem Opfer fordert. Nur dadurch können wir unsere Freiheit und den Frieden erhalten. Das mögen auch unsere Kulturschaffenden nie vergessen, denn auch für sie gilt, daß Kunst und Wissenschaft, Kultur und Bildung nur auf dem Boden demokratischer Freiheit und Unabhängigkeit gedeihen kann, auf einem Boden, auf dem Schaffen und Wirken, Wort und Tat, frei sind von jedem Zwang.

Stadtrat Mandl dankt allen Mitarbeitern und bittet, den Ansätzen der Geschäftsgruppe III die Zustimmung zu geben. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Martha Burian (WdU) sagte, es sei befremdlich, daß nur 0,7 Prozent des Gesamtbudgets für kulturelle Zwecke aufgewendet werden, wovon noch ein großer Teil Personalausgaben darstellen. In anderen Landeshauptstädten beträgt der Anteil des Kulturbudgets bis zu 4 Prozent.

Zur Ausstellung "Das gute Bild" sei zu sagen, daß dieser Titel irreführend sei, da die dortige Bildauswahl nicht den Bedürfnissen des Durchschnittskäufers entspreche. Sie beantragt, die Ansätze für die Subventionierung für Verkaufsausstellungen zumindest auf den vorjährigen Betrag zu erhöhen.

Da die Ausgaben für Naturschutz in der Höhe von 10.000 S höchstens dazu ausreichen, Verbotstafeln aufzustellen, solle im Interesse des Wiener Waldes, des Hauptausflugsgebietes der Wiener, diese Summe verdreifacht werden. Auch die Entschädigungen für die Mitglieder des Filmbeirates sollen erhöht werden und diese Institution einen weit strengeren Maßstab im Interesse des Kampfes gegen Schmutz und Schund anwenden. Da die Vorankündigungen gerade die blutrünstigsten Gangsterszenen zeigen, soll nach einem Antrag der Rednerin dafür gesorgt werden, daß auch diese Ausschnitte unter das Jugendverbot fallen.

Das Programm der "Wiener Festwochen" soll im kommenden Jahr etwas liebevoller und sachverständiger ausgearbeitet werden.

Die Kulturgroschenpolitik sei der neuralgische Punkt des gesamten Kulturbudgets. Man müsse trachten, gesunde Lebensbedingungen für die Theater zu schaffen. Mit einem Kulturgroschen, mit einem Kunstschilling und auch mit einem Raucherschilling sei es nicht getan.

Man solle für Steuersätze sorgen, die von den Theatern getragen werden können oder solle alle Theater in städtische Bühnen verwandeln, allerdings sei dann ein parteipolitischer Einfluß auf das Theaterleben zu befürchten. Ein besonderes Augenmerk solle der Pflege der Hausmusik zugewendet werden.

Erfreulicherweise sind die Benützungsgebühren für die städtischen Büchereien so niedrig gehalten, daß es jedermann möglich ist, seine literarischen Bedürfnisse zu befriedigen. Leider wird die Auswahl der Bücher noch etwas einseitig vorgenommen. In öffentlichen Erholungsstätten - wie etwa in den städtischen Bädern - sollen, wie die Rednerin beantragt, ambulante Zeitschriftenstände errichtet werden.

Auch die Herstellung von Kulturfilmen soll gefördert werden. Zur Kostendeckung wären Mittel aus dem Kulturgrochen und die Gewinne aus der Beteiligung der Gemeinde an der Kiba zu verwenden.

Die Rednerin forderte weiter, der Stadtrat möge einen schriftlichen Bericht ausarbeiten, welche Neuerwerbungen die Städtischen Sammlungen in den letzten Jahren gemacht haben.

Die Unabhängigen werden, sagte sie abschließend, für dieses Kapitel stimmen, in der Annahme, daß man sich bei der Erstellung des nächstjährigen Budgets daran erinnern wird, daß Wien einzig allein seinen geistigen Leistungen den kulturellen Weltruf zu danken hat. (Beifall bei den Unabhängigen.)

GR.Dr. Matejka (LBl.) wendet sich gegen die von Stadtrat Resch ausgesprochene Anschauung, daß ein Budget vor allem den Sinn habe, zu sparen. Aufgabe des Budgets sei es vor allem, das eingenommene Geld wieder auszugeben.

Der Linksblock bezieht hinsichtlich der "Wiener Festwochen" keine ablehnende Haltung, er wendet sich nur dagegen, daß kulturelle Fragen immer nur theoretisch und rhetorisch angepackt werden, ohne zu praktischen Lösungen zu kommen.

(Bürgermeister Jonas übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wenn man die Forderungen der Rektorenkonferenz gehört habe, die die Kollegienelder und Prüfungsetaxen auf das Fünffache erhöhen wollen, dann muß man die Summe von 100.000 Schilling für Begabtenförderung durch Stipendien und Schulgeldbeihilfen als

viel zu gering bezeichnen. Hoffentlich werde es gelingen, diesen Anschlag abzuwehren.

Wenn die Ausstellung "Das gute Bild" nicht den gewünschten Erfolg zeitige, dann hänge das damit zusammen, daß verschiedene Künstlerorganisationen leider bisher nicht imstande waren, die gesamte aktivistische Künstlerschaft zu bewegen, ihre Werke zu zeigen und zum Verkauf zu bringen. Vor allem fehlen die leichter erschwinglichen Radierungen und Holzschnitte. Auch Künstler aus den Bundesländern wären zu solchen Ausstellungen in verstärktem Maße heranzuziehen. Wenn man Radierungen und Holzschnitte zum Preise von 10 bis 100 Schilling anbieten könnte, wäre es möglich, tausende Bilder zu verkaufen, man könnte in allen Bezirken gleichzeitig solche Verkaufsausstellungen durchführen.

Der Redner richtet an Stadtrat Mandl, beziehungsweise den Bürgermeister, die Aufforderung, den Unterrichtsminister klipp und klar zu sagen, daß die Gemeinde Wien kein Interesse an einem Rauchergroschen habe. Solche Pläne seien für das Fortwursteln in Kulturfragen in Österreich typisch.

Es sei auch bezeichnend, sagte der Redner, daß es erst nach fünfjährigen Bemühungen gelang, die Ehrenpreise der Stadt Wien auf 10.000 Schilling zu erhöhen.

Leider zeigen die öffentlichen Stellen in Österreich kein Interesse, die Volksbildung wirklich weiterzubringen. Es sei nicht einmal gelungen, eine entsprechende gesetzliche und finanzielle Fundierung dieser Institution zu schaffen, obwohl schon eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt wurde.

Es sei ein unmöglicher Zustand, daß es in Wien bisher gang und gäbe war, selbst Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Inhaltes, die von der Volksbildung veranstaltet wurden, nicht steuerfrei zu stellen.

Erfreulicherweise habe die durchschnittliche Zahl der Leser der städtischen Büchereien zugenommen und betrage derzeit 18.000 Leser monatlich. Die Ansätze für die Erhaltung und Ergänzung des Buchbestandes seien jedoch völlig unzureichend. Die Büchereien wären unter Umständen eine starke Waffe gegen die Verseuchung durch die unmöglichen Filme, von denen unsere Stadt überschwemmt wird. Es soll daher die Zahl der Volksbüchereien entsprechend vermehrt werden.

Leider werde bei der Anschaffung von Büchern sehr einseitig vorgegangen. Der Redner ersucht, die Bestrebungen des Verbandes der österreichischen Volksbüchereien zu unterstützen.

Der Redner verlangt weiters eine gründliche Änderung in der Einstellung gegenüber dem Sport. Er stellt im Zusammenhang damit eine Reihe von Anträgen. Ein Antrag verlangt die Förderung des Fußballsportes durch Gewährung entsprechender Preise, ähnlich der Preise bei den verschiedenen Pferderennen. Ein weiterer Antrag stellt die Forderungen auf, die Vergnügungssteuer den Sportvereinen in Form von Subventionen zurückzuerstatten, alle Amateursportveranstaltungen von der Vergnügungssteuer zu befreien und eine Enquete über Sportförderung noch in diesem Winter einzuberufen. Dr. Matejka erinnert auch an die Forderungen, die nicht nur von der Fraktion des Linksblockes erhoben werden. Dazu gehören die Schaffung eines demokratischen Landessportgesetzes, die Herabsetzung der Turnsaalgebühren und das Abgehen von dem sogenannten kostendeckenden Prinzip, Schülerwochenkarten u.a.

Scharfe Kritik übt der Redner an den Wiener Theatern. Er bezeichnet die gegenwärtige Stellung der Bundestheater für unhaltbar, durch die eine Art geistiger Demarkationslinie durch das kulturelle Wien gezogen werde. Er verlangt die Einflußnahme der Stadt Wien auf den Spielplan der Bundestheater und wendet sich dagegen, wie dort die Gelder verschleudert werden. Der Redner polemisiert gegen die schlechte Spielplangestaltung der Bundestheater und unterzieht auch die Spielpläne der Privattheater einer eingehenden Kritik. Die in den Kammerspielen aufgeführten Stücke bezeichnet er als "lauter Dreck". Das Volkstheater habe sehr schöne Einzelleistungen aufzuweisen, aber eine Reihe von Aufführungen sei durchaus nicht kulturgroschenwürdig. Demgegenüber stellt der Redner den Spielplan des "Neuen Theater in der Scala", das jedoch vom Kulturgroschen ausgeschlossen wurde.

Dr. Matejka stellte einen Antrag, das Vergnügungssteuergesetz dahingehend abzuändern, daß Theater, Konzerte und andere kulturell wertvolle Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer befreit werden. Weiter stellt er einen Antrag auf Neuverteilung des Kulturgroschens, bei der die Scala einbezogen werden soll.

In ausführlicher Darstellung bespricht der Redner sodann die in Wien aufgeführten Filme. Währenddessen verlassen allmählich die Gemeinderäte der Mehrheitsparteien den Sitzungssaal, sodaß Dr. Matejka vor fast leeren Bänken weiterspricht. Er wendet sich gegen die Flut von Schmutz und Schund, von Gangster- und Verbrecherthemen, die den Inhalt der meisten Filme bilden. Nach einer vom Redner gebrachten Statistik sind 192 amerikanische, 36 englische, 22 französische und 100 westdeutsche Filme nach Wien gebracht worden. Hier genügt es längst nicht mehr, das Jugendverbot zu verhängen. Der Redner fordert schärfste Maßnahmen gegen diese Filme.

Auch die Kiba greift Dr. Matejka scharf an, weil sie mit schlechten Beispiel vorangehe und amerikanische Gangsterfilme vorführe. Redner hält demgegenüber die Filme aus dem Osten, die hundertprozentig gediegen sind. (Stadtrat Afritsch: Es sind auch russische Filme gezeigt worden; daß niemand hineingegangen ist, ist nicht die Schuld der Kiba! Wir wissen was Sie wollen! "Das waren Zeiten" ist ein sehr guter Film und ist in der russischen Zone verboten worden. Verboten wollen Sie, und die Filme zeigen, die Ihnen passen! - Hierauf verläßt Stadtrat Afritsch den Saal.)

Dr. Matejka bezeichnet die Zwischenrufe als Scheinargumente und fragt dagegen, was man gegen die Schmutz- und Schundflut der amerikanischen Filme tun wolle. Für uns, fuhr der Redner fort, ist Kultur keine materielle Angelegenheit, sondern vor allem eine geistige. Den Film in eine so ungeistige, unmoralische und politisch gefährliche Rolle hineintreiben zu lassen, ist für uns unmöglich.

Dr. Matejka führt dann einige Beispiele für den verderbten Inhalt der von ihm kritisierten Filme an und stellt demgegenüber die Qualität der sowjetischen, volksdemokratischen und ostdeutschen Filme.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Propaganda, die sich in Form von Zeitschriften und Büchern über Österreich ergießt. Er zitiert die amerikanische Zeitschrift "Colliers" und verschiedene Bücher, wie zum Beispiel das Buch "Göring als Privatmann" und ähnliche.

Ein Zwischenfall.

Als er erklärt: Wundern Sie sich nicht, wenn solche Herrschaften so frech geworden sind, und, zur WdU gerichtet meint, das sei nur ein kleiner Exponent, ruft GR.Doppler: Halten Sie das Maul! Es kommt zu heftigen Zwischenrufen, worauf Dr.Matejka meint: Sie werden ihn nicht überzeugen, denn das sind Faschisten. Nachdem GR.Doppler diese Äußerung neuerlich mit dem Zwischenruf quittiert: Halten Sie das Maul und sagen Sie nicht solche Sachen, stürmen die Abgeordneten des Linksblockes gegen die Bänke der WdU, werden aber von den Ordnern zurückgehalten, so daß Tätlichkeiten vermieden werden können.

Nach Wiederherstellung der Ruhe legt GR.Dr.Matejka den Antrag vor, der Gemeinderat solle eine zielbewußte Aktion gegen die erwähnten verderblichen Erscheinungen einer amerikanischen Kultur einleiten, die Bevölkerung zum Kampf dagegen aufzurufen und so den Ruf der Stadt Wien als eine Kulturstadt bekräftigen.

Wir müssen die Probleme in ihrem gesamten Zusammenhang sehen, erklärt der Redner abschließend, dann werden wir eine vorbildliche Stadtverwaltung sein, die endlich aus unserer Sumpfstadt eine wirkliche Kulturstadt macht.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, richtet an die Mitglieder des Gemeinderates die dringende Bitte, die Würde des Gemeinderates nicht zu verletzen und persönliche Angriffe gegen andere Mitglieder des Gemeinderates zu unterlassen. Er bittet die Gemeinderäte, ihn nicht dazu zu zwingen, die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Disziplinar Mittel gegen Mitglieder des Gemeinderates zu ergreifen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) erklärt einleitend zu den Ausführungen des GR. Dr. Matejka: Geben Sie uns die Möglichkeit, daß hier weder eine amerikanisierte noch eine sowjetisierte Kultur aufgerichtet wird, sondern daß wir endlich einmal von diesen vier Besatzungsmächten befreit werden und wieder eine österreichische Kultur errichten können. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Budget der Kulturverwaltung ist bedauerlich klein, fährt die Rednerin fort, und die Zahlen dürfen nicht täuschen, da in der Gesamtsumme die Einnahmen aus verschiedenen kulturellen Einrichtungen enthalten und immerhin 1.3 Millionen aus dem Sportgroschen und 4.5 Millionen aus dem Kulturgroschen mitver-

rechnet sind.

Daß die Gemeinde Wien die Wiener Theater einzig und allein aus den Mitteln des Kulturgroschens unterstützt, ist keine befriedigende Lösung. In allen Landeshauptstädten werden die Theater von den Stadtgemeinden oder vom Land erhalten. Auch in Westdeutschland, das genau so unter dem Krieg gelitten hat, werden die 98 Musik- und Sprechbühnen durch die öffentliche Hand erhalten oder subventioniert. In Wien dagegen hält man es für wichtiger, neue Kinos zu bauen, wobei die Kiba beispielgebend ist. Während Hamburg mit seinen 1.6 Millionen Einwohnern 50 Kinos hat, besitzt Wien bei einer Einwohnerzahl von 1.8 Millionen 221 Kinos. Schon in Anbetracht der heute unter der Musikerschaft und den jungen Bühnenkünstlern herrschenden Not hat die Gemeinde Wien die Verpflichtung, diesen Künstlern die Möglichkeit einer Berufsausübung zu geben.

Auf dem Gebiet der Volksbildung müssen wir uns von veralteten Anschauungen abwenden. Die rein wissenschaftlichen Kurse allein genügen heute nicht mehr für eine wirkliche Volksbildung. Diese muß den ganzen Menschen in seiner geistigen und seelischen Ausbildung erfassen. Was für die Wiener Volksbildung geleistet wird, ist eigentlich auch keine richtige Leistung, denn den hierfür vorgesehenen Betrag holt sich die Gemeinde in Form von Lustbarkeitssteuern, Miete und so weiter wieder herein. Man müsse trachten, die Volksbildung davon zu befreien.

GR. Hiltl befaßt sich hierauf mit der Subventionsverteilung und bemängelt, daß man musikalischen Vereinigungen wie dem "Schubertbund" und dem "Wiener Männergesangverein" eine Subvention verweigert und lediglich der Dachorganisation, nämlich dem "Sängerbund für Wien und Niederösterreich" eine Gesamtsubvention von 6000 S zubilligt. Ebenso erscheint es unverständlich, daß Stadtrat Mandl manchesmal Vereine und Institutionen, wie die "Gesellschaft für Freiheit und Kultur" in die Subventionsliste aufnimmt, von denen die Öffentlichkeit nichts oder kaum etwas weiß.

Die Gemeinde Wien soll auch junge Künstler unterstützen, sofern sie unserem Volk, Schönheit, Wahrheit und Autändigkeit in der Kunst bringen.

Was sich aber in einem revolutionären Gärungszustand befindet, kann nur von privaten Institutionen oder Mezenen unterstützt werden. Die Steuergelder dürfen nur solchen Werken zugesprochen werden, die einen kulturellen Wert darstellen und auch zum künstlerischen und kulturellen Ansehen der Stadt Wien beitragen. (Beifall bei der Volkspartei.) Die Rednerin fordert in diesem Zusammenhang die Bereitstellung von 1 Million Schilling für die Vollendung der Restaurierung des Stephansdomes.

GR.Hiltl fordert weiter die Schaffung eines neuen Kinogesetzes und eine einheitliche Ausgestaltung des Programmes der Wiener Festwochen. Sie bittet auch, unschuldig verarmten Künstlern oder Witwen nach Künstlern die Ehrenpension rascher zuzusprechen. Weiter schlägt sie vor, den für öffentliche Bauten zur künstlerischen Ausgestaltung zur Verfügung gestellten Satz von ein Prozent der Bausumme ebenso wie beim Bund auf zwei Prozent zu erhöhen.

Die Rednerin protestiert dagegen, daß für die Bundeskampfspiele der Turn- und Sportunion, an denen 7.800 Wettkämpfer teilgenommen haben, eine Subvention von nur 30.000 Schilling zur Verfügung gestellt wurde, während man für die im Vorjahr abgehaltenen Wettkämpfe des ASKÖ 50.000 Schilling gewährte. Vielleicht glaubt Stadtrat Mandl, dadurch den sozialistischen Geist der ASKÖ-Wettkämpfer noch mehr zu stärken, die, wie es in der "Arbeiter-Zeitung" heißt, zuerst Sozialisten und dann Sportler sein sollen.

Dem Streben aller verantwortlichen Mitarbeiter bei Kultur und Volksbildung ist es zu danken, daß man auf diesem Gebiet immerhin schöne Erfolge aufweisen kann. Sie reichen aber noch nicht aus, um Wien wieder das Ansehen als Kulturstadt zu verleihen, das diese Stadt früher hatte. Wir wollen aber hoffen, daß aus dem "Kulturmandl" ein "Kulturmann" wird und daß man dann in Wien wieder auf große kulturelle Leistungen verweisen kann. Die Österreichische Volkspartei wird für die Ansätze der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung stimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

GR.Planek (SPÖ) wendet sich gegen einen Artikel des GR.Dr.Soswinski in der "Volkestimme", wonach von je 100 Schilling Gemeindeausgaben nur 82 Groschen für Kultur und Sport verwendet

werden, ohne Kultur- und Sportgroschen nur 61 Groschen. Man müsse doch zur Kultur auch die Ausgaben für das Schulwesen rechnen, die Errichtung von Kinderfreibädern und Sommerbädern, die Errichtung von Sportplätzen, von Gärten, die der Ruhe dienen, ferner jene Summen, die für die künstlerische Ausgestaltung der Gemeindebauten verwendet werden und auch die Subventionen, die man im Rahmen anderer Kapitel für verschiedene kulturelle Zwecke ausgibt. Dies alles zusammengerechnet, ergibt eine zusätzliche Summe von mehr als 176 Millionen Schilling; das bedeutet, daß von je 100 Schilling für kulturelle Zwecke 7,40 Schilling verwendet werden. Schließlich diene auch die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung der Kultur, denn die Befriedigung kultureller Bedürfnisse sei nur möglich, wenn der Mensch Arbeit und Einkommen hat. Was Dr. Soswinski getan hat, sei eine Verfälschung der Tatsachen aus parteipolitischen Gründen gewesen.

Bei der Beurteilung der Kunst sei die faschistische Vergangenheit der GR.Burian zum Durchbruch gekommen. Wir wollen unserer Kunst aber keinen Maulkorb unhängen und ihr nicht die Hände binden.

Wenn GR.Dr.Matejka den Stadtrat Resch den Vorwurf gemacht habe, er wolle das Geld horten, weil er von Sparsamkeit gesprochen hat, dann sei das offensichtlich eine bewußte Verdrehung. Das Sparen ist hier nur so zu verstehen, daß sich jeder Verantwortliche bemühen muß, die vorhandenen Gelder rationell zu verwalten.

Dr.Matejka hat es wohl nur deshalb unterlassen, über den Fremdenverkehr zu sprechen, weil er sonst auch hätte sagen müssen, daß in Jahr 1937 noch 40,5 Prozent aller Fremden aus Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und aus Ungarn gekommen sind, während es heute nur ein Prozent ist. Warum trägt der Linksblock nicht dazu bei, daß sich die Menschen aus diesen Staaten überzeugen können, welche "Unkultur" bei uns herrscht und "wie schlecht" der österreichische Arbeiter lebt. Würden diese Menschen so wie früher zu uns kommen, hätte das für die Gewaltigen dieser Staaten sehr unangenehme Folgen, weil diese Menschen dann sähen, wie unsere Bevölkerung lebt.

GR. Hiltl hat davon gesprochen, daß bei Ehrengaben an Künstler eine gewisse Form eingehalten werden müsse, vor allem solle rasch gegeben werden. Gerade diese Gemeinderätin hat aber versucht, in dieser Frage politische Geschäfte zu machen. Ein Mißbrauch dieser Ehrengaben zu politischen Zwecken diskriminiere die Künstler aber viel mehr, als dies bei der sonstigen Verleihung von Ehrengaben der Fall ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ergänzend zu den Ausführungen des Stadtrates über die Wiener Festwochen stellt der Redner fest, daß nicht weniger als hundert Veranstaltungen in den einzelnen Bezirken dazu beigetragen haben, die kulturelle Aktivität der Bezirksvorstehungen und der Menschen dieser Bezirke zu heben. Erfreulicherweise sei die Gestaltung der Eintrittspreise für die Veranstaltungen der Festwochen so, daß nicht nur Begüterte an ihnen teilnehmen können. Auch ist schon eine große Anzahl von Fremden zum Besuch der Festwochen nach Wien gekommen.

Zur Klage des GR. Dr. Matejka, daß die "Scala" keine Subvention aus dem Kulturgroschen bekommt, ist zu sagen, daß es sich hier um ein ausgesprochenes Parteitheater handelt und im Durchschnitt nur ein Drittel der Plätze besetzt ist.

Der Redner verweist auf die großen Leistungen der städtischen Büchereien und hebt die Bedeutung der Beratung und der Erziehung der Leser durch Buchbesprechungen und Dichtervorlesungen hervor.

Auf dem Gebiete der Volksbildung kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Zahl der Hörer im Jahr 1950/51 gegenüber 1948/49 um 30.5 Prozent gestiegen ist.

(GR. Marek übernimmt den Vorsitz.)

Ein Zeichen dafür, daß die Volksbildung auf dem besten Wege sei, ist darin zu sehen, daß der Besuch der wissenschaftlichen Vorlesungen von 46 Prozent im Jahre 1948/49 auf 57 Prozent im Jahre 1950/51 gestiegen ist. Die von GR. Hiltl vertretene Volksbildung aus der Zeit des Bürgermeisters Schmitz werde von den Sozialisten abgelehnt. Man möge sich nur an die umfangreichen Ausscheidungslisten jener Zeit erinnern, die fürwahr eine Kulturschande waren.

Abschließend erklärt der Redner bezüglich der bei uns gezeigten ausländischen Filme, daß die amerikanischen Gangster-, Kriminal- und Wildwestfilme abgelehnt werden, ebenso aber auch

die Tendenzfilme aus dem Osten. Es ist auch auf das schärfste abzulehnen, daß in der Ostzone nicht genehme Filme glattweg verboten werden. Das hat mit Kultur nichts zu tun, denn eine Kultur ohne Freiheit ist keine Kultur! Die Freiheit in der Kultur ist ja letzten Endes die Voraussetzung zur persönlichen Entfaltung überhaupt. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Kurz vor 22 Uhr kann Stadtrat Mandl mit seinem Schlußwort beginnen. In prägnanten Sätzen geht er auf die verschiedenen Anregungen und Anwürfe der Debattenredner ein. Er werde versuchen, so sagte der Referent, zwischen der "30-Minuten-Kultur" und der "3-Stunden-Kultur" einen Mittelweg zu finden. (Heiterkeit.)

Im besonderen bespricht Stadtrat Mandl die auch von den Debattenrednern in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellte Theaterfrage. GR. Hiltl hält er entgegen, daß in Westdeutschland auf 45 Millionen Einwohner 98 subventionierte Bühnen kommen, in Österreich aber mit seinen knapp 7 Millionen Einwohnern 16 subventionierte Bühnen. Berlin hat mit seinen 3 Millionen Einwohnern 10 subventionierte Theater, während die 1.7 Millionenstadt Wien 7 Bühnen subventioniert. Man kann also nicht sagen, daß für das Wiener Theaterleben nichts getan wird.

Aus dem umfangreichen Referat Dr. Matejkas greift der Referent den Vorwurf heraus, daß die "Scala" aus politischen Gründen vom Kulturgroschen ausgeschlossen wurde. Stadtrat Mandl betont, auch Dr. Matejka müsse ihm zubilligen, daß er seine Mitteilungen durchaus sachlich gehalten habe; aus ihnen war auch zu entnehmen, daß die Gründe für den Ausschluß der "Scala" durchaus sachliche waren. In diesem Zusammenhang zitiert der Stadtrat die "Welt am Montag" aus dem Jahr 1948, in der es hieß, eine weitere Ursache der Theaterkrise bestehe darin, daß es derzeit zu viele Theater gibt. Der betreffende Artikel stammte von Martin Rathsprecher, dem ehemaligen Direktor der "Scala"!

Der Referent teilte ferner mit, daß das Kinogesetz im Entwurf fertig sei.

Schließlich teilte Stadtrat Mandl mit, daß für die Ausschmückung der Gemeindebauten seit 1949 bisher 2,378.000 Schilling ausgegeben wurden. Auch hier entscheidet nicht ein Stadtrat, sondern eine Kommission, die die Aufträge vergibt.

18. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2346

Abschließend sagte Stadtrat Mandl, er möchte mit den Satz schließen, mit dem Dr. Matejka seine Ausführungen begonnen hat: "Österreich ist klein, aber reich!" er möchte dieses Wort nur variieren: "Österreich ist klein, aber nicht mein!" Ich glaube, fuhr Stadtrat Mandl fort, wenn dieses Österreich einmal uns gehören wird und einmal frei von allen Lasten sein wird, frei von allen Besatzungstruppen, ob von Westen oder Osten, dann werden wir viele der kulturellen Fragen lösen, die für uns heute schwere Probleme darstellen, und dann werden wir auch jene Summen zur Verfügung haben, um die österreichische Wissenschaft und Kunst so reich zu dotieren, daß sie zu neuer Blüte gelangt. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Voranschlages der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Von den Anträgen der GR. Burian werden drei abgelehnt, zwei der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, von den Anträgen Dr. Matejkas werden gleichfalls drei abgewiesen und zwei der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung überwiesen.

Um 22,15 Uhr schließt der vorsitzende GR. Marek die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, mit dem Referat über die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt, das Vizebürgermeister Honay erstattet.